

Rostocker Lateinamerika-Manuskripte Nr. 3



Lateinamerika zwischen Stagnation und Aufbruch - Internationales Seminar -

veranstaltet von TALIDE e.V.,
der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Mecklenburg-Vorpommern und
dem Rostocker Initiativkreis Lateinamerika (RILA)

im Rahmen der multikulturellen Wochen der Hansestadt Rostock
am 11. Oktober 2005
im Waldemarhof, Waldemarstraße 33 18057 Rostock



Rostock 2006

Lateinamerika zwischen Stagnation und Aufbruch

TALIDE e.V., Waldemarhof, Waldemarstraße 33 18507 Rostock

*Rosa-Luxemburg-Stiftung, Regionalbüro Mecklenburg-
Vorpommern Dr. Michael Herms
Tel.: 0381 4900450 E-Mail: rosalux.mv@web.de*

*Rostocker Initiativkreis Lateinamerika (RILA)
Sprecher: Prof. Dr. Werner Pade
Schiffbauerring 35 18109 Rostock*

Begrüßung und Eröffnung

Prof. Dr. Werner Pade, RILA/Rostock

Uruguay nach den Wahlen – wohin geht die Reise?

*Dietmar Schulz,
AG Lateinamerika der Linkspartei.PDS Berlin*

Tendenzen der Lateinamerikapolitik Spaniens

Claudia Zilla, Stiftung Wissenschaft und Politik Berlin

Lateinamerika auf dem Weltsozialforum im Januar 2005 in Porto Alegre

*Katja Klüßendorf, Ibero-Amerikanisches Institut Berlin
Werner Pade, Rostock*

Wegen Erkrankung von Frau Zilla, die ihren Beitrag später schriftlich eingereicht hat, und des Ausfalls eines weiteren ursprünglich vorgesehenen Referenten erklärten sich *Dr. Gustavo Abarzúa* und *Dr. Rubén Cárdenas*, TALIDE e.V., kurzfristig bereit, mit Beiträgen über *Frauen im politischen Leben Chiles* beziehungsweise *Impressionen einer Reise in die Heimat (Peru)* die Veranstaltung zu sichern.

Werner Pade
Zur Eröffnung

Sehr verehrte Gäste, meine Damen und Herren,

da aller guten Dinge drei sind, wollen wir heute den nächsten Versuch unternehmen, uns „Lateinamerika zwischen Stagnation und Aurbuch“ in der Gegenwart zu widmen. Dazu möchte ich Sie recht herzlich im Namen der Veranstalter begrüßen. Vor zweieinhalb Jahren entstand der Rostocker Initiativkreis Lateinamerika RILA, und da er alleine zu schwach ist, hat er mit TALIDE e.V. und dem Regionalbüro der Rosa-Luxemburg-Stiftung für Mecklenburg-Vorpommern eine Symbiose gebildet, das ist - jedenfalls laut Brockhaus - „das Zusammenleben artverschiedener aneinander angepaßter Organismen zum gegenseitigen Nutzen“. Im Namen aller drei möchte ich Sie heute begrüßen, bei der Veranstaltung, die nun auch zum dritten Mal im Rahmen der Multikulturellen Tage der Hansestadt Rostock hier im Waldemarhof stattfindet.

Unser Anliegen bleibt die Diskussion von Themen der Entwicklung Lateinamerikas, von denen wir hoffen, daß sie nicht nur professionell mit Lateinamerika befaßt Gewesene oder heute in die Richtung Blickende interessieren, sondern darüber hinaus auch Fragen berühren, deren Beantwortung hier und vor der Haustür genauso wichtig ist wie jenseits des Atlantik. Ohne Zweifel waren Lateinamerika und die Karibik auch im zurückliegenden Jahr in erheblicher Bewegung - von Unwettern bis zu sozialen und politischen Turbulenzen. Die heutigen Beiträge werden das im Detail bestätigen, die der beiden vorangegangenen Tagungen haben es bereits getan, und man kann sie nachlesen. Das ist in heutigen Zeiten nicht selbstverständlich, aber die „Lateinamerika-Manuskripte“ Nr. 1 und 2 sind mit einiger Anstrengung zustande gekommen, und wir hoffen, diese Reihe fortsetzen zu können.

Wie in der Realität, geschehen auch bei der Beschäftigung mit ihr gelegentlich unvorbereitete Dinge: Der Beitrag von Frau Claudia Zilla von der Stiftung Wissenschaft und Politik, die leider wegen einer plötzlichen Erkrankung nicht anwesend sein kann, wird in der Publikation erscheinen. Dankenswerterweise haben

sich Dr. Abarzúa und Dr. Rubén Cárdenas von TALIDE e. V. bereit erklärt, diese und eine weitere Lücke im ursprünglichen Programm zu schließen.

So begrüßen wir als auswärtigen Referenten Dietmar Schulz, der seine Studentenzeit in Rostock verbracht hat, im auswärtigen Dienst der DDR tätig war und dem ich - bei einem kurzen Aufenthalt in Montevideo - helfen durfte, am letzten Tag des Monats August 1990 das Schild der dortigen DDR-Botschaft zu entfernen. Er ist der Beschäftigung mit Lateinamerika treu geblieben.

Von den Autoren der heutigen Beiträge befindet sich Katja Klüßendorf nach ihrem Studium der Politikwissenschaften und Veranstaltungen zu Lateinamerika bei Prof. Werz zur Zeit im Ibero-Amerikanischen Institut in Berlin. Das ist ein Grund, einen Blick auf die Beschäftigung mit Lateinamerika in Deutschland zu werfen. Denn morgen wird das Ibero-Amerikanische Institut seinen 75. Geburtstag mit einem Festakt und einer Rede von Vargas Llosa begehen.

Diese inzwischen nun mit Abstand in Europa größte Spezialbibliothek zu Lateinamerika und den iberischen Ländern geht auf eine Schenkung des argentinischen Wissenschaftlers Ernesto Quesada an den preußischen Staat zurück. Für diejenigen, die sich in der DDR mit Lateinamerika beschäftigt haben, sind damit mindestens zwei Erinnerungen verbunden: es war für uns die billigste und kürzeste Lateinamerika-Reise mit zwei schönen Nebeneffekten: der Arbeitstag sah so aus, daß wir kapitalistisch gearbeitet und sozialistisch geschlafen haben, also am Abend in den Ostteil der Stadt zurückkehrten. Wenn man das drei Wochen konnte und dabei von der Paßkontrolle in der Friedrichsstraße zweimal täglich seinen Reisepaß abstempeln ließ, war man in der Statistik 30 DDR-Bürger, die ein- bzw. ausgereist waren, und das ist natürlich beachtlich. Für mich selbst verbindet sich nun mit dem Ibero-Amerikanischen Institut ein Name, der für die dunklere, inzwischen aber seit längerem durch die Mitarbeiter selbst aufgearbeitete Seite seiner Existenz steht: in meiner Dissertation über die deutsch-argentinischen Beziehungen in der Zeit der Weimarer Republik taucht General Wilhelm von Faupel auf, der vor 1914 und nach dem ersten

Weltkrieg erneut als Militärberater in Argentinien tätig war, übrigens Berater jenes Generals Uriburu, der 1930 mit einem Militärputsch jenen unseligen Reigen von Militärregierungen in der Geschichte Argentiniens anführte, der erst 1983 zu Ende ging. 1933 hatte das nationalsozialistische Deutschland nichts Eiligeres zu tun, als Faupel, der von Militär viel, von Südamerika einiges, aber von Wissenschaft nichts verstand, zum Direktor des Instituts in Berlin zu machen.

Heute ist das Ibero-Amerikanische Institut mit seinen Ergebnissen in Forschung und Publikation sowie als Forschungsbibliothek fester Bestandteil der Beschäftigung mit Lateinamerika in Deutschland.

Die wir nach Potential und Vermögen um einiges kleiner sind, möchten wir heute nichts weiter, als Ihnen einige Referate anbieten, die, wie wir hoffen, interessant sind und zur Diskussion anregen.

Dietmar Schulz

Uruguay vor einem Neubeginn – wohin geht die Reise?

- Der lange Weg der uruguayischen Linken zur politischen Macht.
- Diversität und Einheit der Frente Amplio – ein uruguayisches Phänomen.
- Möglichkeiten und Grenzen der Regierung Tabaré Vázquez, die am 1. März 2005 ihr Amt angetreten hat.

Einleitung

Uruguay ist ein sehr interessantes, aber oft unbeachtetes Land im Cono Sur. Uruguay wird gern als „klein“ bezeichnet – dies gilt aber nur in Bezug auf südamerikanische Dimensionen. Mit rund 175.000 km² ist Uruguay viermal so groß wie die Schweiz und doppelt so groß wie Österreich.

Während Argentinien, Brasilien und Chile relativ oft im Mittelpunkt des Interesses stehen, bleibt Uruguay (wie übrigens auch Paraguay) oft „außen vor“.

Typische Klischees zur Charakterisierung Uruguays aus deutscher oder europäischer Sicht nennen zunächst Gauchos, Fleisch, Leder und Wolle; den zweimaligen Fußballweltmeister oder stellen eine Verbindung zur Episode des Kreuzers „Graf Spee“ oder zum Rühmann-Film „Ein Haus in Montevideo“ her.

Um die gegenwärtige Entwicklung richtig interpretieren zu können, muss man eine Analyse der sozio-ökonomischen Bedingungen vornehmen. Dabei hat Uruguay bis in die Gegenwart hinein eine Reihe von Entwicklungen und Merkmalen aufzuweisen, die es in gewisser Hinsicht von seinen Nachbarn unterscheiden:

- Eine lange demokratische Tradition im Unterschied zu den relativ häufigen Phasen der Militärherrschaft in Argentinien und Brasilien. Eine traumatische Ausnahme bilden dabei die Jahre 1973 – 1985.
- Uruguay ist das einzige laizistische Land im Cono Sur, wo der Katholizismus nicht Staatsreligion ist und der Einfluß

der katholischen Kirche auf die Politik auch in der Praxis stark eingedämmt worden ist.

- Eine „wirtschaftliche Vergangenheit“, die durch hohe Exportüberschüsse geprägt war und die bis in die 60er Jahre des 20. Jahrhunderts auch für die breite Masse einen relativ gesicherten Lebensstandard mit sich brachte.
- Ein traditionell stark entwickeltes Sozialsystem (freie Bildung, medizinische Grundbetreuung, Sozial- und Altersversicherung, etc.), dessen Errungenschaften von der Bevölkerung aktiv verteidigt werden.
- Eine einheitliche linksorientierte Gewerkschaftsbewegung
- Die Existenz eines breiten Linksbündnisses – der Frente Amplio – die es trotz vieler Widersprüche seit 1973 verstanden hat, die Kräfte der Linken „zu bündeln“.
- Seit 1989 eine Links-Regierung in der Hauptstadt, die bei jeden Wahlen an Stimmen gewonnen hat.

Zur politischen und ökonomischen Entwicklung seit 1985

Die großbürgerlichen Regierungen der Colorados und Blancos (abwechselnd und seit 2000 gemeinsam) verfolgen den inzwischen im Cono Sur „üblichen“ Kurs des Neoliberalismus und der Globalisierung, wie er die politische und vor allem die ökonomische Entwicklung in den Ländern des südlichen Integrationsbündnisses MERCOSUR in ihrer Grundtendenz bestimmt.

Im Unterschied zu Argentinien wurde die Politik der Privatisierung in Uruguay zumindest teilweise durch den Widerstand der Bevölkerung aufgehalten. In mehreren Referenden sprach sich eine Mehrheit – unter der Führung der FA – gegen die Privatisierung wichtiger Teile des staatlichen Sektors (Telekommunikation, Mineralölwirtschaft, staatliche Banken, Sozialversicherung) aus.

Dennoch setzte die Regierung auch in Uruguay eine Politik der „wirtschaftlichen Öffnung und der Währungsstabilisierung“ durch, das heißt die bis dahin existierenden Schutzzölle für Produkte der nationalen Wirtschaft wurden rigoros abgebaut und der Wechselkurs des uruguayischen Peso in engen Grenzen an

den US-Dollar gebunden. Die Folge war eine Überflutung des Landes mit ausländischen Waren, nicht nur aus den beiden großen Nachbarländern Argentinien und Brasilien, sondern auch aus den USA, aus Europa sowie vor allem aus den „Tigerstaaten“ Südostasiens.

Diese Entwicklung fand auch bei einem Teil der Bevölkerung Anklang – schließlich sind eine stabile Währung und niedrige Preise für Importwaren an sich nichts Negatives. Negativ war natürlich, daß im zunehmenden Maße Arbeitsplätze in der nationalen Wirtschaft verloren gingen – bis hin zum Verschwinden ganzer Industriezweige (Textilindustrie, Glasindustrie, Eisenbahnbau, ja selbst von Teilen der traditionellen Lederverarbeitung).

Insgesamt konnten die stetig wachsenden Importe nur durch immer neue Dollarkredite finanziert werden, während gleichzeitig die ökonomische Basis für die Bedienung der schnell wachsenden Auslandsschulden immer weiter schrumpfte. Es handelt sich um eine Entwicklung, die - wenn sie nicht gebremst wird - früher oder später zum wirtschaftlichen Zusammenbruch führen muß.

Die akute Wirtschaftskrise Mitte 2002

Mitte 2002 (Ende Juli/Anfang August) wurde die langjährige wirtschaftliche Fehlentwicklung zur akuten Wirtschaftskrise. Unmittelbarer Auslöser waren die Konsequenzen der sich seit dem Herbst 2001 ausweitenden argentinischen Krise. Dazu muß man wissen: Argentinien war und ist traditionell der wichtigste Handelspartner für Uruguay. Insbesondere hängt der für die uruguayische Wirtschaft wichtige Tourismus (mit seinem Höhepunkt von Dezember bis einschließlich Februar) von Argentinien ab. Allein im ersten Halbjahr 2002 haben die uruguayischen Banken 33% ihrer Deviseneinlagen durch Rücktransfer nach Argentinien verloren.

Selbstverständlich haben auch die wirtschaftlichen Probleme des nördlichen Nachbarn Brasilien zum Kollaps des uruguayischen Bankensystems und zur schweren Wirtschaftskrise beigetragen.

Das konkrete Szenario muß hier nicht ausführlich dargestellt werden - es gleicht dem ein gutes halbes Jahr zuvor in Argentinien erlebten, das durch die Schließung der Banken und die Sperrung der Konten für Privateinlagen, die Umwandlung der Dollareinlagen in langfristige Peso-Anleihen, die Schließung staatlicher Banken und damit den Verlust von zahlreichen Arbeitsplätzen, den Zusammenbruch von Versicherungsgesellschaften mit der Folge, daß viele Uruguayer plötzlich ohne Krankenversicherung waren, den Zusammenbruch weiterer Industriebetriebe, die bisher die Öffnung der Wirtschaft für das Ausland überlebt hatten und schließlich eine Peso-Abwertung und massiven Preisanstieg charakterisiert war.

Die beiden folgenden Tabellen (Zahlenangaben nur bis September 2002) weisen den starken Rückgang des Brutto-Inlandproduktes und der Nachfrage aus. Für den Arbeitsmarkt bedeutete dies einen Verlust von mindestens 125.000 Arbeitsplätzen, einer auf die uruguayische Gesamtbevölkerung bezogen enorm hohen Zahl. Die Arbeitslosenrate liegt offiziell bei 19,2%, nach Berechnungen von FA-Wissenschaftlern bei 23% - und dies ohne all jene zu berücksichtigen, die im informellen Sektor tätig sind oder „aufgeben“ haben.

Für den Arbeitsmarkt bedeutete dies einen Verlust von mindestens 125.000 Arbeitsplätzen, einer auf die uruguayische Gesamtbevölkerung bezogen enorm hohen Zahl. Die Arbeitslosenrate liegt offiziell bei 19,2%, nach Berechnungen von FA-Wissenschaftlern bei 23% - und dies ohne all jene zu berücksichtigen, die im informellen Sektor tätig sind oder „aufgeben“ haben.

Die Bevölkerung reagierte ähnlich wie in Argentinien mit massiven Protesten, Straßenblockaden und einzelnen Plünderungen, vor allem aber in solidarischer Weise mit den am stärksten Betroffenen in Form von öffentlichen Suppenküchen, Kleiderspenden und der Unterstützung für Kindereinrichtungen.

CUADRO 1

Evolución del PBI por sector de actividad

Enero/Set 2002 sobre Enero/Set 2001

Sector	Crecimiento
Agro	6,6
Industria	-11,9
Electricidad, gas y agua	1,65
Construcción	-19,6
Comercio	-22,4
Transp. Y com.	-8,3
Otros (1)	-8,4
Total	-9,4

(1) Incluye servicios financieros, comunales, sociales y a empresas
Fuente: BCU

CUADRO 2	
Oferta y demanda en el año 2002	
	Tasa de crecimiento
OFERTA	-14,5
Nacional (PBI)	-9,4
Importada	-25,5
Demanda	-14,5
Inversión privada	-31,9
Inversión Pública	-26,9
Consumo público	-6,8
Consumo privado	-15,2
Exportaciones	-9,9
<i>Fuente: BCU</i>	

Für den Arbeitsmarkt bedeutete dies einen Verlust von mindestens 125.000 Arbeitsplätzen, einer auf die uruguayische Gesamtbevölkerung bezogen enorm hohen Zahl. Die Arbeitslosenrate liegt offiziell bei 19,2%, nach Berechnungen von FA-Wissenschaftlern bei 23% - und dies ohne all jene zu berücksichtigen, die im informellen Sektor tätig sind oder „aufgeben“ haben.

Die Bevölkerung reagierte ähnlich wie in Argentinien mit massiven Protesten, Straßenblockaden und einzelnen Plünderungen, vor allem aber in solidarischer Weise mit den am stärksten Betroffenen in Form von öffentlichen Suppenküchen, Kleiderspenden und der Unterstützung für Kindereinrichtungen.

Der Regierung Jorge Battle ist es im August des Jahres 2004 kurzfristig gelungen, den totalen Kollaps der uruguayischen

Wirtschaft aufzuhalten. Dazu haben die USA quasi „über Nacht“ einen Kredit von 1,5 Mrd. US-Dollar bereitgestellt, um die Zahlungsunfähigkeit Uruguays zu verhindern.

Zu den Wahlergebnissen

Der 31. Oktober 2004 und der 1. März 2005 sind zwei markante Daten der jüngeren uruguayischen Geschichte, die so schnell niemand in diesem relativ kleinen Land Südamerikas vergessen wird: Der Kandidat der uruguayischen Linken, Dr. Tabaré Vázquez, siegte im ersten Wahlgang der Präsidentschaftswahlen und setzte damit der 174-jährigen Herrschaft der so genannten traditionellen Parteien – Partido Colorado und Partido Nacional (Blancos) - ein Ende.

Tabaré erzielte knapp 52 % der gültigen Stimmen oder 50,6% der abgegebenen Stimmen. Auf den zweiten Platz kamen die Blancos mit rund 35 % der Stimmen, mit einem Kandidaten und einem Programm, die beide den Positionen der Linken so nahe kamen, wie dies in Uruguay noch niemals der Fall gewesen ist. Die Blancos hatten sich vor gut zwei Jahren aus der Koalition mit der Colorado-Partei zurückgezogen, unmittelbar nach dem dramatischen Höhepunkt der Wirtschaftskrise, als auch in bürgerlichen Kreisen immer klarer wurde, daß die Politik der bedingungslosen Gefolgschaft zu den USA – auch in wirtschaftspolitischer Hinsicht - in einem Ausverkauf und Niedergang Uruguays enden mußte und als sichtbar wurde, daß die Regierung den politischen Preis für die neoliberale Wirtschaftspolitik würde zahlen müssen.

Interessant ist, dass sich diese Linie und ihr Kandidat in den internen Vorwahlen gegen den früheren Präsidenten Lacalle (1990 – 1995), einen Neoliberalen per excellence, durchsetzen konnten. Die bisher regierende Colorado-Partei erlitt mit 10,6 % eine geradezu vernichtende Niederlage.

Im Parlament erreichte die Linke in beiden Kammern die einfache Mehrheit. Die Sitzverteilung sieht beim derzeitigen Stand folgendermaßen aus:

EP-FA / NM 17 von 31 Senatoren (16 und der
Vizepräsident, der zugleich Präsident des Senats
ist), 52 von 99 Abgeordneten
Blancos 11 Senatoren und 35 Abgeordnete
Colorados 3 Senatoren und 10 Abgeordnete.

Das Wahlergebnis ist außerdem in zweierlei Hinsicht
bedeutend:

Die Linke hat vor allem im Interior – endlich - hinzu
gewonnen und in insgesamt 7 von 19 Departamentos die
Mehrheit errungen. Bei den letzten Wahlen 1999 waren es nur 4
Departamentos, in denen die Linke gewinnen konnte. Leider
ging, entgegen ersten Auszählungen, das wichtige Departamento
Paysandú mit weniger als 300 Stimmen Unterschied wieder
verloren.

In Montevideo, wo die Linke seit 1990 regiert, konnten
erneut Stimmen hinzugewonnen werden. Damit ist der
Wählerzuspruch auch nach der Machtübernahme in Montevideo
kontinuierlich angewachsen und beträgt jetzt beachtliche
62,68%.

Die Ergebnisse der Regionalwahlen

Am 8. Mai 2005 fanden in den 19 Departamentos des
Landes Regionalwahlen statt. Dabei konnte die Linke ihren
Triumph vom Oktober 2004 weiter ausbauen: Sie gewann in
insgesamt 8 Departamentos, die allesamt zu den
bevölkerungsreichsten und entwickeltesten zählen: Canelones,
Maldonado, Florida, Treinta y Tres, Rocha, Salto, Paysandú und
natürlich erneut in Montevideo.

Gründe und Ursachen für das Wahlergebnis

Positiv zugunsten der Linken wirkten sich vor allem
folgende Faktoren aus:

Das stetige Wachstum der FA seit ihrer Gründung
vermittelte auch zögernden Sympatisanten die Gewissheit,
diesmal könne der Sieg errungen werden. Es existierte eine
beispielhafte Einheit der Linken, die in der Verbindung von
politischer Vielfalt der Kräfte und geschlossenem Handeln

zugunsten einer definierten politischen Zielstellung zum Ausdruck kam. Das Beispiel der Kommunalregierung in Montevideo hinterließ Wirkung: sie hat gezeigt, daß die FA eine „andere“ Politik macht, die nicht durch Korruption und Vetternwirtschaft gekennzeichnet ist, eine Politik zugunsten der Interessen der Bevölkerung (öffentlicher Transport, Gesundheitswesen, Arbeitsplätze, Sauberkeit) betreibt und sie in die politischen Entscheidungen einbezieht.

Die FA leistete in den letzten Jahren eine systematische Arbeit zugunsten der Menschen und in engem Kontakt mit ihnen und den gesellschaftlichen Organisationen, zu dessen Grundsätzen das Zuhören und Lernen sowie das Entwickeln eines politischen Projekts gehörten, das von den Erfordernissen der Gesellschaft ausgeht.

Die Existenz einer einheitlichen linksorientierten Gewerkschaftsbewegung und die positiven Erfahrungen der uruguayischen Bevölkerung im Kampf gegen die neoliberale Privatisierungspolitik der beiden vorangegangenen Regierungen begünstigten den Sieg der Frente Amplio. In mehreren erfolgreichen Referenden hat die uruguayische Bevölkerung die Privatisierung staatlicher Unternehmen (z. B. Post, Telekommunikation, Hafenwirtschaft) zumindest teilweise verhindern können. Zusammen mit den Wahlen fand erneut ein solches Referendum statt – diesmal über die Privatisierung der staatlichen Wasserversorgungsbetriebe –, das ebenfalls von den Gegnern der Privatisierung gewonnen wurde.

Die Führungspersönlichkeit von Tabaré Vázquez und die Dialektik von Führer und Bewegung förderten den Wahlsieg.

Positive Wirkung hinterließ die Entwicklung im regionalen Umfeld, speziell in Brasilien, Argentinien, Venezuela und Chile, die zu einem entscheidenden äußeren Faktor für den Wahlerfolg wurde.

Zuungunsten der traditionellen Parteien, insbesondere der Colorado-Partei, wirkten unter anderem die Zuspitzung der politischen und vor allem der wirtschaftliche Krise Uruguays während der Regierungszeit von Präsident Battle. Hierzu zählte

die Verschlechterung der sozialen Lage von weiten Teilen der Bevölkerung durch den Verlust von Arbeitsplätzen, Einkommen und damit Kaufkraft. Jorge Battle galt als einer der treuesten Vasallen der USA und insbesondere der Bush-Administration und unterstützte dessen neoliberale Politik der Globalisierung. Diese Politik und persönliche Eigenheiten verschafften ihm klare Nachteile gegenüber Tabaré Vázquez.

Wer ist Tabaré Vázquez?

Er wurde am 17.1. 1940 geboren, ist seit über 40 Jahren verheiratet und Vater von drei Kindern. Er stammt aus Las Tejas, einem kleinbürgerlichen Viertel am Rand von Montevideo – nicht gutbürgerlich, aber auch noch nicht marginal. Er wohnt bis heute in Las Tejas, was ihm in Montevideo viele Sympatien einbringt, da er nicht in ein "besseres Viertel" gezogen ist.

Tabaré Vázquez lebte das typische Leben eines Jugendlichen jener Zeit in einem Barrión von Montevideo – mit Fußball, einer Gruppe von Freunden, dem Theaterclub. Er fing eine Tischlerlehre an, arbeitete dann in einer Ladenkette als Buchhalter und Verwalter. Nach seinem Medizinstudium war er ab 1969 als Arzt tätig, ab 1972 als Facharzt für Onkologie und Strahlentherapie. Es folgte eine akademische Weiterbildung in Paris, wo er dann einen Großteil der Jahre der Diktatur verbrachte.

Ab 1984 engagierte er sich als Sportfunktionär im Fußball (in Uruguay das Allerwichtigste !) der Universitätsliga und als Vorsitzender des Klubs seines Barrio – der übrigens Progreso heißt.

Tabaré Vázquez wurde Mitglied der Sozialisten Partei, rückte 1986/1987 in die Parteiführung auf und wurde 1989 zum Intendenten von Montevideo gewählt.

Es war der erste Sieg eines Linkspolitikers überhaupt in der Hauptstadt, der damit "Regierungschef" der Hälfte der Bevölkerung des Landes wurde. Hier leistete er ausgezeichnete Arbeit und wurde 1994 zum Präsidentschaftskandidaten des EP-FA für die nationalen Wahlen ernannt.

1996, nach dem Rückzug von General Liber Seregni, wurde er Präsident der FA, in der er 1999 die internen Vorwahlen mit 82% der Stimmen gewann und damit erneut Präsidentschaftskandidat der Linken wurde. Die Wahlen gingen in die zweite Runde und wurden dort nur sehr knapp verloren.

Die FA – ihr Weg zum Sieg, ihre Kräfte und Akteure

Die Organisation der uruguayischen Linken ist eigentlich ein Ding der Unmöglichkeit. Sie ist so heterogen wie es wohl äußerst selten eine erfolgreiche politische Bewegung war, mit großen Unterschieden in den politischen Positionen ihrer Mitgliedsorganisationen. Die FA vereint Kommunisten, Troztkisten, Sozialisten, ehemalige Stadtguerillas und Christdemokraten. Unterschiedliche Standpunkte werden ausdiskutiert, nicht verschwiegen und übertüncht.

Und doch erreicht die FA eine Geschlossenheit im Auftreten, die bewundernswert ist. Bei allen internen Diskussionen, die mitunter heftig ausgetragen werden, hat man es bisher immer peinlich vermieden, auf den Applaus oder die Ablehnung der traditionellen Parteien für den einen oder anderen Widersacher einzugehen – im Gegenteil, in solchen Situationen sucht man erst recht den Konsens innerhalb des Linksbündnisses.

Die mühsam errungene und erarbeitete Einheit wird nie (oder nur sehr selten) in Frage gestellt.

Zur Geschichte

Die 1970/71 (offiziell am 5.2. 1971) gegründete Frente Amplio (FA) ist das älteste noch existierende linke Bündnis Lateinamerikas. 1971, bei ihrer ersten Teilnahme an Wahlen, die schon unter dem Eindruck einer zunehmenden Repression stattfanden, erreichte sie 18 Prozent. Während der Militärdiktatur von 1973 bis 1985 wurden die Aktivisten der Frente verfolgt, viele von ihnen ermordet oder sie »verschwanden«.

Die FA organisierte dennoch den Widerstand gegen das Militärregime, besonders 1980 beim Referendum über eine neue Verfassung, das mit einer vernichtenden Niederlage für die

Militärs endete. Bei den Verhandlungen über die Rückkehr zur Demokratie im Club Naval saß die FA mit am Tisch. Nach der Wiedererlangung der Demokratie konnte die FA bei allen Wahlen ihren Stimmenanteil steigern und ihren politischen Einfluß in der uruguayischen Gesellschaft vergrößern.

Zwischen Bewegung/Koalition und Partei

Im Vergleich zu anderen Linksbündnissen weist die die FA eine Besonderheit auf: Sie steht hinsichtlich ihres Status quasi zwischen einer Bewegung und einer Partei. Um Mitglied der FA zu werden, muß man keiner Mitgliedsorganisation angehören – es genügt das politische Bekenntnis zu den Zielen der FA und die Mitarbeit in einer Basisorganisation. Viele uruguayische Linke bezeichnen sich zuerst als frenteamplistas, und sie gehören oft auch keiner Partei an.

Mit dem Zusammenbruch des sozialistischen Lagers geriet auch die KPU in eine Krise, viele Mitglieder zogen sich von der aktiven Parteiarbeit zurück, blieben aber frenteamplistas.

Innerhalb der FA wird die Hälfte der Leitungsgremien nach dem Parteienproporz bestimmt, die andere Hälfte direkt von der Basis gewählt.

Die Basis und ihre Repräsentation in der Führung der FA üben praktisch einen Druck hin zur Einheit aus, der den zuweilen existierenden „Zentrifugalkräften“ in den Mitgliedsorganisationen entgegenwirkt. Zugleich wird auf diese Weise gesichert, daß politische Entscheidungen und Führungspositionen nicht (ausschließlich) nach der Methode „ich kriege dies und du das“ getroffen beziehungsweise vergeben werden.

Die Mitglieder und das Wahlbündnis EP-FA / NM

Die uruguayische Linke trat zu den Wahlen unter dem „Bandwurmmnamen“ Encuentro Progresista – Frente Amplio / Nueva Mayoría an. Das bedarf einer Erklärung: Jede Aufnahme von weiteren Gruppierungen muß einstimmig erfolgen. Dieses Prinzip der Einstimmigkeit führte dazu, daß zum Beispiel die Mitgliedschaft der Tupamaros jahrelang auf Eis lag und erst vor den Wahlen 1999 unter dem Namen MPP (Movimiento de

Participación Popular) vollzogen wurden. Dies gilt genauso für die Abspaltungen der KPU. Deren Aufnahme wurde und wird durch die traditionelle kommunistische Partei unter Marina Arismendi durch Veto verhindert.

Um dennoch das gesamte Spektrum der uruguayischen Linken zu einen, wurde sozusagen eine Koalition der Koalitionen geschaffen. Linke Blancos, Christdemokraten und Erneuerungskommunisten fanden sich 1994 als Encuentro Progresista zusammen, und so entstand die Koalition EP-FA. Neu bei dieser Wahl war die 1998 von der FA abgespaltene, als Nuevo Espacio gegründete Mitte-Links-Partei des Senators Michelini, die zusammen mit anderen linken Fraktionen der Colorados und Blancos den Wahlnamen Nueva Mayoría beisteuerte. Dass das komplexe Gebilde trotzdem eine programmatische Aktionseinheit ergibt, ist eine uruguayische Eigenart, bei der Diversität und Gemeinsamkeit – dialektische Gegensätze – eine Synthese schaffen.

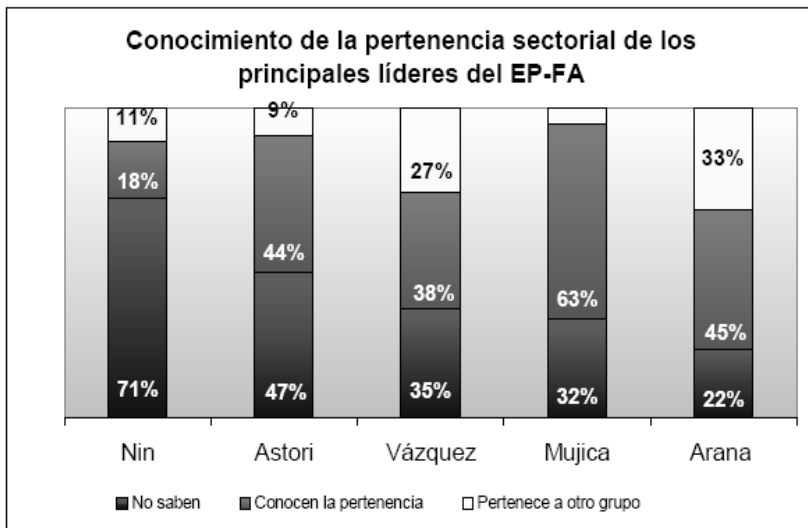
Der FA gehören zur Zeit offiziell 16 Parteien an, obwohl diese Zahl nicht genau zu verifizieren ist, weil häufig Koalitionen und Vereinigungen unter den kleineren Mitgliedsorganisationen gebildet werden und unterschiedliche Stadien der Mitgliedschaft existieren.

Die wichtigsten Gruppierungen oder Blöcke innerhalb der EP-FA sind:

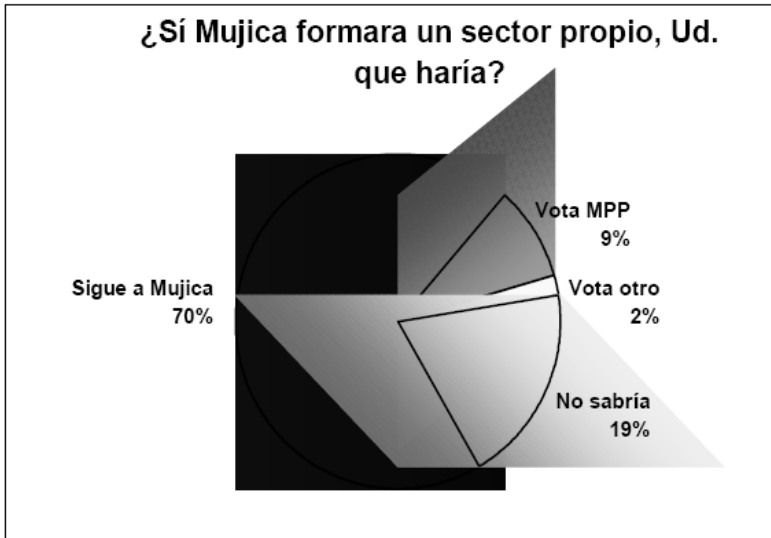
MPP (Tupamaros) 29,41%	José Mujica
Asamblea Uruguay 17,66%	Danilo Astori (Reformsozialisten)
Sozialisten 14,85%	Tabaré Vázquez, Reinaldo Gargano, José Diaz
Vertiente Artiguista 8,92%	Mariano Arana
Alianza Progresista 8,06%	Rodolfo Nin Novoa
Democracia Avanzada (KP) 6,15%	Marina Arismendi
Nuevo Espacio 7,70%	u.a. Reformkommunisten
26 de Marzo u.a. Radikale Linke 3,46%	Huidobro, Sendic.

Man muß ehrlich und aufrichtig sagen, daß manche der Verästelungen im politischen Spektrum der Linken auch individuellen Führungsansprüchen geschuldet ist. Für die Anhänger der Linken sind die Persönlichkeiten oft so dominant, daß der jeweilige politische Sektor, den sie vertreten, dahinter zurückbleibt.

Eine Umfrage kurz vor den Wahlen ergab, daß viele Linkswähler einen Person wählen und nicht die Partei.



Und weiter:



Entwicklung des Kräfteverhältnisses in der Linkskoalition

Die FA wurde viele Jahre lang von den Kommunisten regelrecht dominiert. Nach dem Ende der Diktatur waren neben General Seregni zweifelsohne Rodney Arismendi und Jaime Pérez die wichtigsten Persönlichkeiten der FA und die PCU die schlagkräftigste, zahlenmäßig stärkste und am besten organisierte Mitgliedsorganisation der FA. Hinzu kam, dass die Kommunisten in den 80 und 90er Jahren ebenfalls die führende Kraft in der Gewerkschaftsbewegung waren, die ihrerseits neben den Basiskomitees eine zweite Massenbasis der FA darstellte. Das änderte sich 1989/1990 mit

- dem Untergang des sozialistischen Lagers und der Spaltung der PCU
- dem Tod von Rodney Arismendi und dem Parteiaustritt von Jaime Pérez
- der Wahl von Tabaré Vázquez zum Intendenten von Montevideo.

In dem Jahrzehnt bis 2000 war nun die Sozialistische Partei zur Führungskraft in der FA geworden. Vorbild für ihre Politik war vor allem die PSOE unter Felipe Gonzales (1982-1996).

MPP

Etwa ab dem Jahre 2000 war das Erstarren der Tupamaros nicht mehr zu übersehen. Mit der Schwächung der PCU übernahm die MPP die Führungsrolle an der Basis der FA. Keine andere Partei oder Gruppierung ist derart an der Basis aktiv und in ihr verankert. Die MPP leistet in den Basiskomitees einerseits politische Mobilisierungsarbeit und kümmert sich andererseits um die aktive und breitestmögliche Einbeziehung der Einwohner in die Entscheidungen der Stadtverwaltung von Montevideo und deren Umsetzung.

Wie keine andere Partei erfüllen sie die Losung von der *participación popular* und der *democracia participativa* mit Leben. Auf ihrem 5. Parteitag 2001 sprach die MPP von einer obsessiven Haltung hinsichtlich der *participación popular*. Zugleich agiert sie sehr pragmatisch oder praxisorientiert und kümmert sich um Kindergärten, Suppenküchen oder Jugendzentren. Sie scheut dabei auch nicht vor Konflikten mit der Stadtverwaltung Montevideo zurück.

Und sie haben den zur Zeit – neben Tabaré Vázquez – wohl populärsten Politiker Uruguay an ihrer Spitze: José „Pepe“ Mujica. Er ist einer der letzten Überlebenden jener legendären Führungsgestalten der Tupamaros, die an der Seite von Raúl Sendic kämpften. Während der Diktatur war er viele Jahre im Gefängnis, bis er durch eine spektakuläre Befreiungsaktion entkommen konnte. Er ist ein wortgewandter Redner, der absolut in der Sprache der kleinen Leute spricht, auch im Senat, politische Phrasen und Worthülsen meidet, manchmal sehr direkt und zugleich von äußerster Bescheidenheit und absoluter Integrität ist.

Er ist sich des gewachsenen Einflusses seiner Gruppierung sehr wohl bewußt, scheut keine Auseinandersetzung, stellt aber

die Einheit der FA über alle Diskrepanzen und ist immer um einen konstruktiven Kompromiß bemüht.

Wofür steht die MLN-T / MPP ?

In ihren politischen Positionen beruft sich die MLN-T / MPP auf den dialektischen Materialismus als wissenschaftliches Werkzeug zum Verständnis und zur Umgestaltung der Gesellschaft, auf den demokratischen Zentralismus und die Respektierung der Mehrheitsentscheidung durch die Minderheit, auf eine totale demokratische und breiteste Mitwirkung bei allen Entscheidungen.

Als Ziele ihrer Politik definieren die Tupamaros

- Nationale Befreiung und Sozialismus, eine klassenlose Gesellschaft und Überwindung der Ausbeutung
- Kampf für eine von Kriegen und Rüstung freie sozialistische Welt
- Verwirklichung der führenden Rolle der Arbeiter bei der Leitung des Landes
- Planung der wirtschaftlichen Tätigkeit auf der Grundlage der Vergesellschaftung („en manos de trabajadores“) der Industrie, des Bodens, des Bankwesens, der Kommunikationseinrichtungen und des Handels.
- Freier Zugang aller zu Wohnung, Gesundheit, Arbeit, Bildung und Erholung
- Soziale Gleichheit aller Menschen ohne Unterschied hinsichtlich des Geschlechts oder der Rasse
- Gerechte Verteilung der Güter und Reichtümer, aber auch der zu leistenden Arbeit und der Risiken
- Kinder, Alte und Schwache sind die einzigen Privilegierten
- Überwindung der Unterschiede zwischen körperlicher und intellektueller Arbeit
- Stärkung der Solidarität zwischen den Menschen und den Völkern als künftiger Grundlage der Politik
- Jeder soll von der Gesellschaft das seinen Bedürfnissen Entsprechende erhalten
- Eine Menschheit ohne Waffen, Armeen und Gewalt

- Eines Tages sollen die Menschen die Fragen ihres Zusammenlebens direkt miteinander lösen, ohne dass es dazu eines Staates bedarf.

Um diese Ziele zu erreichen, orientieren die Tupamaros auf *lucha prolongada*, *continentalidad de la lucha* und *poder popular*, also einen ständigen, anhaltenden Kampf für die Volksmacht, der in die kontinentalen Erfordernisse Lateinamerikas eingebettet ist.

Hauptlinien der Regierungspolitik der FA-Regierung

Angesichts der Breite und Heterogenität des Bündnisses ist klar, dass diese Regierung keine linke Politik im Sinne eines traditionellen Sozialismus-Projekts auf die Tagesordnung setzen kann. Dazu kommt der sehr knapp bemessene Spielraum in wirtschaftlich/finanzieller Hinsicht. Es muß also klar sein, dass es lediglich um Reformen der gegenwärtigen Gesellschaft und nicht um die Durchsetzung eines neuen Gesellschaftsmodells geht.

Zur Zusammensetzung der neuen Regierung

Im neuen Kabinett stellen die Sozialisten den Kabinettschef und die Minister für Verteidigung, Inneres und Äußeres, die MPP (Tupamaros) die für Landwirtschaft-Viehzucht-Fischerei sowie Arbeit und Soziales, die Asamblea Uruguay (reformistischer Flügel innerhalb der FA) den Wirtschaftsminister (Daniel Astori) und die Kommunisten mit Marina Arismendi (der Tochter von Rodney Arismendi und Rosita Dubinsky, die einige Jahre „DDR-Biographie“ aufweist) die Ministerin für Desarrollo y Participación Social.

Insgesamt fallen der hohe Altersdurchschnitt und der geringe Frauenanteil in der Regierung auf.

Programmatische Hauptlinien der Regierungspolitik 2005 – 2010

Sie wurden im Dezember 2003 von einem außerordentlichen Kongreß der FA nach massivem Druck der PCU und der MPP, die auf frühzeitige programmatische Klarheit gedrängt hatten, beschlossen. Das unterscheidet sie von Argentinien, wo Kirchner ziemlich unvorbereitet und

überraschend an die Regierung kam, und auch der PT in Brasilien oder Chávez in Venezuela haben meines Erachtens keine so klare Vorstellung von dem, was erreicht werden soll, entwickelt wie die Frente Amplio.

Ausgehend von einer Analyse der internationalen und der nationalen Rahmenbedingungen werden in den programmatischen Orientierungen Zielstellungen für die Regierungstätigkeit in vier grundlegenden Bereichen definiert, nämlich die Demokratisierung des Staates und der Gesellschaft, die wirtschaftliche Entwicklung des Landes, die Sozialpolitik und die internationale Politik.

Aktuelle politische Schwerpunkte Menschenrechtsfragen und das Problem der Verschwundenen/desaparecidos:

Auch in Uruguay ließ die Diktatur politische Gegner verschwinden. Die Zahlenangaben schwanken - es soll sich um etwa 150 ungeklärte Schicksale handeln, einige sprechen von 300. Das ist keine mit Argentinien vergleichbare Größenordnung, aber natürlich ein Problem, daß Uruguay seit dem Ende der Diktatur beschäftigt.

1986 erließ die damalige Regierung Sanguinetti ein sogenanntes Schlußstrich-Gesetz - *Ley de Caducidad de la Pretensión Punitiva del Estado* -, das 1989 in einem Plebiszit knapp betätigt wurde. Teile der FA wollten, dass der Präsident quasi per Federstrich dieses Gesetz aufhebt und eine Bestrafung der schuldigen Militärs durchsetzt. Vázquez hat sich für einen anderen Weg entschieden. Das Gesetz enthält einen Artikel, der die Aufklärung der Schicksale der Verschwundenen fordert. Dies ist bis 2000 gar nicht und anschließend nur sehr halbherzig verfolgt worden.

Vázquez hat erstens eine bekannte Menschenrechtsanwältin zur Verteidigungsministerin gemacht und unmittelbar nach Amtsantritt die Öffnung aller Militärarchive und die Suche nach Massengräbern angeordnet. Das Militär hat erst blockiert und auf Zeit gespielt, worauf Vazquez mit personellen Konsequenzen für die gesamte militärische

Führungsspitze gedroht hat. Daraufhin hat sich das Militär gebeugt, und es begann die Suche nach Massengräbern auf dem Gelände von mehreren Kasernen. Sie verlief bisher erfolglos, da anscheinend Falschinformationen geliefert worden. Von der Öffentlichkeit wurden massive Rücktrittsforderungen an die Militärführung erhoben; Massenkundgebungen forderten die Aufklärung der bekannten Fälle und eine Bestrafung der Schuldigen sowie Renten Kürzung für die Militärs, die in der Zeit der Diktatur Kommandopüosten innehatten.

Verabschiedung eines sozialen Notprogramms

Für die nächsten beiden Jahre sind Ausgaben in Höhe von 200 Mio. US-Dollar vorgesehen, darunter ein Bürgergeld für ca. 20.000 bedürftige Uruguayer unter der Bedingung, dass damit der Schulbesuch der Kinder und die Teilnahme an der medizinischen Betreuung gesichert werden. Die übrigen Mittel sollen unter anderem für die gesundheitliche Versorgung und die Schulbildung in marginalen Vierteln und für die Arbeitsbeschaffung im sozialen Bereich verwendet werden. Dafür ist das neu geschaffene Ministerium (Ministerio de Participación y Desarrollo Social) unter Leitung von Marina Arismendi zuständig.

Eine erste Bilanz nach sechs Monaten zeigte, dass diese Aufgaben tatsächlich ernsthaft in Angriff genommen worden sind: 34387 Haushalte sind bisher in das Programm einbezogen worden, Sozialarbeiter haben in 270 Schulen von Armenvierteln ihre Tätigkeit aufgenommen und 200 zusätzliche Sportlehrer kümmern sich um die soziale Betreuung der Kinder, an die 31.000 Sportschuhe verteilt wurden. Ein Programm für jugendliche, alleinstehende Mütter wurde aufgelegt, ein Betreuungsprogramm für 800 Straßenkinder eingeleitet, von denen 420 bereits in das Programm eingebunden wurden. Ebenso wurden Notunterkünfte für 1.200 Obdachlose geschaffen und 1436 temporäre Arbeitsplätze im Sozialbereich wurden geschaffen, 4500 weitere sind vorgesehen.

Regionale Zusammenarbeit

Uruguay sieht die regionale Zusammenarbeit (MERCOSUR und darüber hinaus) als wichtigstes Instrument, um die eigenen, nationalen Ziele und die Ziele der Region durchzusetzen. Erste Schritte waren Abkommen über die engere wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Venezuela (Energiefieferungen gegen eigene Produkte, Austausch von know-how, Bildung der Telesur - Nueva Televisión del Sur), Bolivien (Erdgaslieferungen) und Brasilien.

Zu den ersten außenpolitischen Maßnahmen gehörte die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zu Kuba.

Im Bereich der lateinamerikanischen regionalen Zusammenarbeit orientieren die Frente Amplio und die Regierung Tabaré Vázquez auf die Schaffung einer Comunidad Sudamericana de Naciones, die über die bereits eingeleitete wirtschaftliche Zusammenarbeit und Integration hinausgeht. Förderung der nationalen Wirtschaft

Es besteht Einigkeit, alle Möglichkeiten hinsichtlich der Förderung und Entwicklung der nationalen Wirtschaft auszuschöpfen, vor allem über zinsgünstige Kredite für Produzenten bis hin zu Aufrufen wie: „Kauft uruguayische Produkte!“

Das Tempo der Entwicklung wird vor allem von den verfügbaren Mitteln abhängen. Eine erste Bilanz nach der Übernahme der Regierungsgeschäfte hat gezeigt, daß es noch viele, bis dahin unbekannte Verbindlichkeiten, Verpflichtungen und vertragliche Vereinbarungen gibt, die zum Teil erst in der Endphase der Regierung Battle eingegangen worden sind.

Eines der gravierendsten Probleme für die gesamte wirtschaftliche und soziale Perspektive Uruguays sind die Auslandsschulden, die sich auf über 13 Mrd. US-Dollar belaufen. Hierbei gibt es durchaus, etwa bei Astori und Mujica, unterschiedliche Standpunkte, wobei die wichtigsten Politiker der FA bemüht sind, die Gemeinsamkeiten zu betonen. Danilo Astori findet in der FA wenig Unterstützung für seine Wirtschaftspolitik, ist aber andererseits wichtig, um internationale Finanzkreise und auch nationale bürgerliche Kreise nicht zu beunruhigen, da er mit

traditionellen Mitteln der Steuer- und Finanzpolitik auf Wirtschaftswachstum setzt. José Mujica möchte im wirtschaftlichen und sozialen Bereich so schnell wie möglich Veränderungen, die er danach gegen mögliche Angriffe verteidigen möchte.

Demokratisierung des Staates und der Gesellschaft

Ausgangspunkt ist die Überlegung der FA, dass die Demokratisierung des Staates und der Gesellschaft eng miteinander verknüpft sind, wobei der Staat in der gegenwärtigen Etappe zum wichtigsten Werkzeug für die Umgestaltung der Gesellschaft werden muß. Er muß mithelfen, die existierenden sozialen Ungleichheiten schrittweise zu überwinden und dazu auf die strategischen Bereiche der Wirtschaft einwirken, in dem er seine regulierende Rolle aktiv und direkt wahrnimmt. Die Stärkung der staatlichen Betriebe und die Erhöhung ihrer Effektivität, unter anderem durch verbesserte Leitungstätigkeit, sind Grundpfeiler für die Entwicklung des Landes.

Die Demokratisierung der Massenkommunikationsmittel soll wirkliche Pressefreiheit sichern, die den Zugang aller gesellschaftlichen und politischen Sektoren zu den Massenmedien bedeuten muß.

Die öffentliche Sicherheit gilt als Menschenrecht, die participación und decentralización als entscheidendes Mittel zur Demokratisierung des Staates und der Gesellschaft, in der der Zugang zu öffentlichen Ämtern nur über Wettbewerb und Qualifikation führen soll und Korruption und Vetternwirtschaft ausgeschlossen wird.

2. Zur wirtschaftlichen Entwicklung des Landes

Programmatisches Ziel ist die Verwandlung Uruguays in ein *país productivo*, ein produktives Land, in dem die Wirtschaft dem Menschen dient, weshalb die Schaffung von Arbeitsplätzen und damit Einkommensquellen ganz oben an steht. Dazu sollen die bessere Nutzung der nationalen Ressourcen und Arbeitskräfte, die Verbesserung der Produktionstiefe (nicht nur

Rohstoffe) und die bessere Vermarktung der nationalen Produkte dienen.

Die uruguayische Wirtschaft soll wettbewerbsfähig werden, wozu die Förderung der aktiven Landwirtschaft und die Verhinderung von Landbesitz durch Aktiengesellschaften zu spekulativen Zwecken dienen. Der „Ausverkaufs“ des Landes an ausländische Investoren soll beendet werden.

Tiefgreifende Reformen sind für das Finanz- und Steuersystems vorgesehen, darunter keine Begünstigung von Finanzspekulation und Kapitalflucht, ein Kapitalmarkt zur Förderung der Produktion, ein starker öffentlicher Sektor im Bankwesen, der effektiver werden muß und die Einrichtung von landwirtschaftlichen Kreditbanken. Filialen ausländischer Banken dürfen nicht nur von ihrer Zentrale abhängig sein, sondern müssen diese am Risiko ihrer Geschäfte im Land beteiligen.

Das Steuersystem soll im Interesse der Gesellschaft und vor allem zur Förderung der Produktion und zur Schaffung von Arbeitsplätzen umgestaltet werden. Seine Vereinfachung zielt auf mehr Gerechtigkeit und die steuerliche Entlastung geringer Einkommen ab.

In Bezug auf die Außenwirtschaftsbeziehungen steht die Stärkung des MERCOSUR nicht nur als Handelsraum, sondern als Mittel für eine wirkliche wirtschaftliche Integration auf der Grundlage verknüpfter nationaler Produktion im Vordergrund. Seine Mitglieder sollen gemeinsame Positionen entwickeln und gemeinsame Verhandlungen mit dem Pacto Andino, der ALCA und der EU führen, besonders in Bezug auf die Auslandsschulden und die Kontrolle des Kapitalflusses.

Auslandsverschuldung

Die programmatischen Ziele der FA sind darauf ausgerichtet, die Handhabung der Auslandsverschuldung dem Hauptziel der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung des Landes unterzuordnen. Die FA-Regierung erkennt die Schulden des uruguayischen Staates an, besteht aber auf Schuldenverhandlungen auf gleicher Augenhöhe, ohne daß auf

Uruguay Druck ausgeübt wird. Sie möchte keinen Schuldendienst über höhere Steuern und Abgaben zu Lasten der Bevölkerung (Arbeitsplätze, Bildung, Gesundheit, Wohnungen) realisieren. Die Gläubiger müssen begreifen, daß Schulden nur getilgt werden können, wenn das Land prosperiert. Es wird ein Zusammengehen mit möglichst vielen Regierungen der Region mit dem Ziel eines gemeinsamen Auftretens in der Schuldenfrage angestrebt.

Sozialpolitik

Die grundsätzlichen Ziele der Sozialpolitik bestehen in der Überwindung sozialer Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten durch Sicherung einer besseren Lebensqualität und von Arbeit. Soziale Solidarität soll unter anderem in der gesundheitlichen Betreuung für alle und einer verbesserten Bildung zum Ausdruck kommen. Es wird eine Verbesserung der jetzigen Sozialversicherung und eine Förderung des sozialen Wohnungsbaus angestrebt.

Internationale Politik

Wesentliche Orientierungen der uruguayischen Außenpolitik sind:

- die Stärkung des regionalen Ansatzes der internationaler Politik, in der gemeinsame Interessen zu gemeinsamen Handeln führen sollen.
- eine Vertiefung der lateinamerikanischer Integration als Integration der Völker des Subkontinents und die Weiterentwicklung und Stärkung MERCOSUR über wirtschaftlichen Rahmen hinaus
- die Lateinamerikanische Freihandelszone ALCA ist mit großen Problemen verbunden, die unter anderem aus der Ungleichheit zwischen den Volkswirtschaften der USA und der Länder Lateinamerikas und der Absicht der USA, mit jedem Land einzeln zu verhandeln, resultieren. ALCA ist kein Integrationsprojekt, nicht einmal eine reine Freihandelszone, sondern ein Geflecht an Normen für Investitionen, Landbesitz und -nutzung, Dienstleistungen, Industriepolitik, die dazu dienen, die

Landwirtschaftssubventionen der USA beizubehalten und nur wenig zum freien Handel selbst fixieren. ALCA dient der freien Zirkulation US-amerikanischer Kapitalien und deren Einsatz zu den Bedingungen der USA, weshalb die FA die ALCA in ihrer jetzigen Form ablehnt und gegen bilaterale Verhandlungen der LA-Länder mit den USA ist.

Das ist das Programmpapier, und es bleibt die Frage, was kann davon mit welcher Geschwindigkeit umgesetzt werden?

Claudia Zilla

Tendenzen der Lateinamerikapolitik Spaniens

Wer sich mit den Beziehungen zwischen Spanien und Lateinamerika beschäftigt, beginnt zumeist mit der Feststellung der Gemeinsamkeiten zwischen beiden Regionen. So werden die Geschichte, Sprache und Kultur als Faktoren aufgezählt, die eine Interessengemeinschaft begründen.

Neben diesen uns allen bekannten Ähnlichkeiten verbinden seit den 1980er Jahren Spanien und Lateinamerika enge politische und wirtschaftliche Beziehungen. Das ungleich größere wirtschaftliche Potential Spaniens verleiht jedoch vor allem den ökonomischen Beziehungen zwischen beiden Regionen einen gewissen Nord-Süd-Charakter. Spanien stellt heute eine Mittelmacht dar, mit einem Bruttosozialprodukt pro Kopf von über 22.000 Euro. Der lateinamerikanische Subkontinent erreicht lediglich ein durchschnittliches BSP pro Kopf von knapp 4.000 Euro. Diese Unterschiede im Entwicklungsstand haben unter anderem zur Folge, dass der Zufluss ausländischer Direktinvestitionen und offizieller Entwicklungshilfe eine Ost-West-Richtung aufweist. Umgekehrt sieht sich Spanien seit einigen Jahrzehnten mit einer bedeutenden lateinamerikanischen Zuwanderung konfrontiert.

Direktinvestitionen: Spanien ist zum größten europäischen Investor in Lateinamerika avanciert. Im Zeitraum 1994-99 war es mit Anlagen vor allem in Argentinien (36%), Brasilien (28%) und Chile (15%) am stärksten vertreten, früher auch in Mexiko und Venezuela.

Entwicklungshilfe: Spanien ist auch dritter Geber für Entwicklungshilfe auf dem lateinamerikanischen Subkontinent nach den USA (10%) und Japan (9%). 8% der Entwicklungshilfe, die Lateinamerika bekommt, stammen aus Spanien. Und Spanien widmete Lateinamerika im Zeitraum 2002-2003 41% seiner gesamten Entwicklungshilfe (1.282 Millionen US-Dollar). Zu den zehn Hauptempfängern offizieller spanischer Entwicklungshilfe gehören die lateinamerikanischen Länder Bolivien (1.), Nicaragua (3.), Honduras (4.), Peru (5.), El

Salvador (6.), Ecuador (7.) und die Dominikanische Republik (10.). Zählt man die von der Europäischen Kommission und den Mitgliedstaaten der EU geleistete Entwicklungshilfe dazu, dann ist sie der erste Geber von Entwicklungshilfe an Lateinamerika..

Handel: Zusammen mit den anderen EU-Mitgliedstaaten bildet Spanien den zweitgrößten Handelspartner Lateinamerikas. (Alleine 2004 wickelte es 4,5% seiner Importe und 5,2% seiner Exporte mit Lateinamerika ab, mit einer negativen Handelsbilanz.)

Politischer Dialog: Gleich intensiv sind die Beziehungen zwischen Spanien und Lateinamerika auf der Ebene des politischen Dialogs. Dieser wurde vor allem durch die seit 1991 jährlich abgehaltenen Gipfeltreffen vorangetrieben (zuletzt Mitte Oktober 2005 in Salamanca), die auf eine Initiative von Mexiko und Spanien zurückgehen. Die Entwicklung der Iberoamerikanischen Gipfeltreffen erlebte einen Institutionalisierungsprozess, der zunächst zur Errichtung einer *Secretaría de Cooperación Iberoamericana* (SECIB) und nun der *Secretaría General Iberoamericana* (SEGIB) führte. Bevor wir auf die Entwicklung der Lateinamerikapolitik Spaniens eingehen, sind hinsichtlich ihrer Koordinierung und der sie bedingenden Faktoren sowie der Handlungsfähigkeit der beteiligten Staaten, noch einige Unterschiede zu beachten: Während die lateinamerikanischen Staaten verschiedenen Integrationsblöcken von variierendem, jedoch vergleichsweise niedrigem Integrationsgrad angehören, ist Spanien seit 1986 Mitglied der immer stärker integrierten EU. Auf der einen Seite haben wir es also mit einer großen Anzahl von Staaten zu tun, die eine sehr heterogene und relativ schwach koordinierte Gruppe bilden. Auf der anderen Seite steht Spanien als Einzelakteur dar, der aber in ein System eingebettet ist, das einen hohen Grad an Gemeinsamkeiten und Integration aufweist.

Wenn man sich auf die Tendenzen der Lateinamerikapolitik Spaniens bezieht, dann schließt das die Annahme von Veränderungen im Laufe der Zeit ein, die durch das Vorhandensein stetiger struktureller Faktoren oder

Gemeinsamkeiten nicht erklärt werden können. Und es haben in der Tat Veränderungen stattgefunden, die eine grobe Einteilung der spanischen Lateinamerikapolitik in drei Phasen möglich machen. Diese möchte ich nun kurz charakterisieren.

Grundzüge der Lateinamerikapolitik Spaniens nach der Redemokratisierung

Die Rückkehr zur Demokratie auf beiden Seiten des Atlantiks ebnete den Weg für eine Intensivierung der Beziehungen zwischen Spanien und Lateinamerika. Von einer bewussten und kohärenten Lateinamerikapolitik Spaniens kann jedoch nicht vor 1982, dem Jahr der Regierungsübernahme des PSOE (*Partido Socialista Obrero Español*) bzw. nicht vor 1988 gesprochen werden.

Anfang der 1980er Jahre war Spanien zunächst damit beschäftigt, nach der Franco-Diktatur seine Außenbeziehungen zu normalisieren, internationalen Rückhalt zu bekommen und sich im transatlantischen und europäischen Kontext zu verankern. Die Beitritte zur NATO (1982) und zur EU (1986) bedeuteten die Aufnahme in die westliche Werte- und Verteidigungsgemeinschaft. Das rückständige Land konnte unter anderem dank seinem Status als EU-Haupt-Nettoempfänger bald zum Industriestaat aufsteigen. In dem Maße, wie Spanien wirtschaftlich aufholte und seine Demokratie konsolidierte, konnte es einen immer bedeutenderen Beitrag zur Entwicklung und Gestaltung der EU und der westlichen Staatengemeinschaft leisten. Es erkannte bald, dass die Vertiefung seiner privilegierten Beziehungen mit Lateinamerika seine Rolle und sein Ansehen auf internationaler Ebene aufwertete und damit seine Verhandlungsposition innerhalb Europas und mit den USA verbesserte.

Zudem erhöhte die EU-Integration Spaniens seine Chancen, in Lateinamerika als gewichtiger Partner aufzutreten. So definierte sich Spanien als westliches und europäisches Land, das durch die Ablehnung automatischer Allianzen eine gewisse Autonomie bewahrt. Neben Europa und der EU zählte und zählt

Spanien zu seinen strategisch-geographischen Bereichen den Mittelmeerraum und Iberoamerika.

Zwischen 1988 und 1995 unterzeichnete Spanien 16 bilaterale Friedens- und Kooperationsabkommen mit den meisten lateinamerikanischen Staaten (das erste 1988 mit Argentinien). 1979 wurde der *Instituto de Cultura Hispánica* (das lange durch die Franco-Herrschaft geprägt war) in den *Instituto de Cooperación Iberoamericana* (ICI) umgewandelt. Im Jahr 1985 wurde im Aussenministerium die *Secretaría de Estado para la Cooperación Internacional y para Iberoamérica* (SECIPI) errichtet. Ihre heutige Gestalt bekam die spanische Kooperationspolitik jedoch durch die Gründung der *Agencia Española de Cooperación Internacional* (AECI) 1988 und das Gesetz 23/1998 über Entwicklungszusammenarbeit. All diese Reformen weisen auf eine Professionalisierung und Modernisierung der Konzepte und Instrumente der internationalen wirtschaftlichen Kooperation hin, die sich zunächst auf Zentralamerika konzentrierte, dann aber auf die Andenregion ausdehnte.

Die Konflikte der 1980er Jahre in Zentralamerika gaben den Anlass für ein stärkeres europäisches Engagement in der Region. Spanien beteiligte sich am zentralamerikanischen Friedensprozess (*Contadora, Esquipulas* etc.) und an Friedensmissionen und lehnte die Standardinterpretation dieser Konflikte als Teil der Ost-West-Konfrontation ab. Die Verschuldungskrisen und der Zusammenbruch der Diktaturen im lateinamerikanischen Subkontinent führten Spanien dazu, eine aktivere Rolle bei der Förderung des Friedens, der Demokratie, des Wachstums und der Entwicklung in der Region einzunehmen. Durch seinen Einsatz auf diesen Gebieten verwandelte sich Spanien bald in den wichtigsten extraregionalen Akteur in Lateinamerika. Spanien übernahm eine Vermittlungsrolle zwischen Europa und Lateinamerika, was man westlich des Atlantiks nicht immer willkommen hiess. Die EU räumte jedoch Spanien eine Vorrangstellung in der Formulierung und Vertretung ihrer Lateinamerikapolitik ein, die von Seiten der

ehemaligen Kolonialmacht gerne als Exklusivität interpretiert wird. Spanien hat aber auch die Orientierung der EU-Außenbeziehungen beeinflusst. Vor seinem EU-Beitritt konzentrierten diese sich auf die AKP-Staaten, während Lateinamerika geringere Bedeutung zugemessen wurde. Seitdem hat sich Spanien für den Ausbau der Beziehungen der EU mit den süd- und mittelamerikanischen Staaten eingesetzt. Die diesbezüglichen Initiativen haben unter anderem dazu beigetragen, dass die EU die Situation der lateinamerikanischen Staaten im Rahmen des allgemeinen Präferenzsystems verbesserte, ihnen den Zugang zur Europäischen Investitionsbank (EIB) eröffnete und auf regionaler Ebene ein politischer Dialog institutionalisiert wurde. Auch am Zustandekommen der Assoziationsabkommen der EU mit Mexiko (2000 in Kraft) und Chile (2002) war Spanien maßgeblich beteiligt. All dies belegt, wie bedeutungsvoll Spanien für die europäische Politik gegenüber Lateinamerika geworden ist.

Die Lateinamerikapolitik Spaniens der 1980er und 1990er Jahre war also gekennzeichnet durch einen solidarischen Umgang, durch die Suche nach einer friedlichen Lösung der gewaltsamen regionalen Konflikten, die Förderung der lateinamerikanischen Demokratisierungs- und Integrationsprozesse, die stetige Stärkung der wirtschaftlichen Kooperation und anwachsenden Direktinvestitionen. Dies geschah im Kontext eines Konvergenzprozesses in der Außenpolitik und dem internationalen Friedens- und Sicherheitsansatz Spaniens und Westeuropas. In diesem Sinne verstand Spanien seine Beziehungen zu Lateinamerika nur innerhalb einer Dreieck-Strategie: Spanien-EU-Lateinamerika.

Der Bruch unter der zweiten Regierung Aznar

1996 fand in Spanien nach 14 Jahren ein Machtwechsel statt. *José María Aznar* vom *Partido Popular* (PP) löste die sozialistische Regierung ab. Seine erste Amtszeit (1996-2000) war durch eine relative Kontinuität in der Außenpolitik gekennzeichnet. Gewisse Vorzeichen der zukünftigen

Entwicklungen ließen sich jedoch in der verstärkten Betonung der nationalen Interessen auf europäischer Ebene (Streit um die Kohäsionsfonds und die Stimmenverteilung in den EU-Institutionen) und einer gewissen Annäherung an die USA beobachten, die unter anderem im Alleingang bei der Unterstützung der US-Bombardements im Irak im Jahre 1998 zum Ausdruck kam.

Im Rahmen der Beziehungen zu Lateinamerika erfolgte eine Verhärtung der Kuba-Politik im Hinblick auf Menschenrechtsverletzungen. Spanien forderte im Dezember 1996, die sogenannte „Gemeinsame Position“ seitens der EU gegenüber Kuba zu beziehen. In Anbetracht der ökonomischen Nebenfolgen für die spanischen Unternehmen wurde die Kuba-Politik einige Jahre später entschärft.

Ein offensichtlicher Wandel in der Außenpolitik Spaniens setzte in den Jahren 2000-2001 ein. Die Wiederwahl *Aznars* 2000, der nun auf eine absolute Mehrheit im Parlament zählen konnte, und die Attentate des 11. September 2001 verliehen der Regierung die notwendige politische und argumentative Macht, um eine unilaterale Außenpolitik durchsetzen zu können. Es war eine Politik, die weder eine Mehrheit in der Bevölkerung (90% gegen eine Beteiligung im Irak) noch einen Konsens unter den politischen Parteien fand. Getragen wurde sie allein durch den Partido Popular unter *Aznar* mit einem personalistischen, exklusiven und wenig am politischen Dialog orientierten Führungsstil und ein sehr treues Kabinett.

Die Distanzierung von der EU und die Annäherung an die USA blieben nicht ohne Folgen für die Beziehungen zu Lateinamerika. Indem Spanien zum Sprachrohr der USA wurde, verkannte es komplett die lateinamerikanische Empfindsamkeit gegenüber der „Hegemonialmacht“ und höhlte dabei seine errungene Rolle als moderater Vermittler zwischen Lateinamerika und Europa bzw. Nordamerika aus.

Unter den Ereignissen der zweiten Regierungszeit *Aznars*, die den Beziehungen zwischen Spanien und Lateinamerika schaden, können folgende erwähnt werden:

- Der erfolglose Versuch *Aznars*, die lateinamerikanischen Länder in die „Koalition der Willigen“ einzuschließen. Aufgrund ihres Status als nicht-ständige Mitglieder im UN-Sicherheitsrat bekamen Chile und Mexiko im Jahr 2003 den Druck der nordamerikanischen und spanischen Diplomatie zu spüren, um einer zweiten Irak-Resolution zuzustimmen.
- Die Verknüpfung – zumindest auf der Diskursebene – der wirtschaftlichen Entwicklungszusammenarbeit im Mittelamerika mit Konditionalitäten in Fragen der Sicherheit und der Terrorismusbekämpfung. *Aznar* deutete in der Öffentlichkeit die Beteiligung von Soldaten aus Nicaragua, Honduras, El Salvador und der Dominikanischen Republik an der Brigade „Plus Ultra“ im Irak als einen Ausdruck des Dankes für die von Spanien geleistete Entwicklungshilfe.
- Der frühzeitige diplomatische Besuch des spanischen (und nordamerikanischen) Botschafters beim Putschisten und selbsterklärten Präsidenten Pedro Carmona, der in Venezuela *Hugo Chávez* zu stürzen versuchte. Dem folgte eine gemeinsame Erklärung der spanischen und der US-Regierung, bei der jegliche Verurteilung des Putsches verschwiegen wurde und zwar im starken Widerspruch zu der scharfen Kritik an den Entwicklungen in Venezuela, die die OAS (*Organization of American States/ OEA Organización de Estados Americanos*) und die Rio-Gruppe geäußert hatten.
- Zur Zeit der spanischen EU-Präsidentschaft förderte *Aznar* die Eintragung der kolumbianischen FARC (*Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia*) in die Liste terroristischer Organisationen, womit er die Politik *Bushs*, aber auch die These *Uribes* unterstützte, in Falle Kolumbiens handle es sich nicht um einen gewaltsamen Konflikt, sondern um eine von Terroristen bedrohte Demokratie. *Aznar* ging sogar so weit, der kolumbianischen Regierung Waffen anzubieten.

- Die Beziehungen mit Kuba erreichten ihren Tiefpunkt als *Fidel Castro* 75 Dissidenten festnahm und die Erschießung dreier *Ferry*-Entführer befiehl. Auf Initiative von Spanien ging der Abbruch der Verhandlungen mit Kuba über die Aufnahme in die Gruppe der AKP-Staaten zurück. Als Gegenmaßnahme verordnete *Castro* die Schließung des *Centro Cultural Español* auf der Insel.
- *Aznar* versuchte 2002 aus dem II. EU- Lateinamerika und die Karibik-Gipfeltreffen in Madrid einen Gipfel gegen des Terrorismus zu machen, der sich mehr an den Anliegen der USA und Spaniens orientierte als an die Beziehungen zwischen der EU und Lateinamerika.

Diese sind nur einige Beispiele.

Das Motto *Aznars* war es: „*Sacar a España del nicho de la historia, del nicho de aquellos países que no cuentan, que no deciden*“ (Spanien aus der Ecke der Geschichte herausholen, aus der Ecke derjenigen, die nicht zählen, die nicht entscheiden). Daraus folgte eine Politik, die - mit den Worten von *Celestino Arenal* - durch eine nationalistische Haltung gegenüber Europa und ein Gefolgschaftsverhalten gegenüber den USA gekennzeichnet war. Lateinamerika sucht in den Beziehungen zu Europa und vor allem zu Spanien jedoch just eine Alternative zu den USA. Spanien verliess seine moderate Vermittlerrolle und verfolgte eine Politik, die zur Destabilisierung der Region beitragen konnte. In dem Maße, wie Spanien den USA folgte, schränkte es seinen außenpolitischen Spielraum ein, den es ironischerweise auszubauen versuchte. Darunter litt auch sein Gestaltungspotential im lateinamerikanischen Raum.

Zurück zum Konsens und Lateinamerika unter Rodríguez Zapatero?

Die terroristischen Attentate vom 11. März 2004 in Madrid, drei Tage vor den Parlamentswahlen, verhalfen zweifellos *José Luis Rodríguez Zapatero* (PSOE) zum Sieg. Unter dem Eindruck manipulierter Information von Seiten der Regierung bezüglich der Ursachen des Attentats brachte die Wählerschaft den PSOE an die Regierung.

Rodríguez Zapatero kündigte bald und eindeutig einen Kurswechsel in der Außenpolitik an: „von der Koalition der Willigen der USA“ zur „Koalition der Willigen der UN“. Mit dem Rückzug der Soldaten aus dem Irak (im Wahlprogramm bereits vorgesehen), der Wiederzuwendung zur EU und dem Multilateralismus sucht der neue Regierungschef den Weg zurück zum Konsens und dem Zentrum Europas. Ausgehend von der Prämisse, dass Lateinamerika nach Europa die zweite Säule der spanischen Außenpolitik ist, verfolgt *Rodríguez Zapatero* die Bindung mit der Region zu stärken und der Lateinamerikapolitik ein soziales Antlitz (wieder) zu geben, ohne dabei die ökonomischen Interessen Spaniens zu vernachlässigen.

- Das III. Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs der EU-Lateinamerika und der Karibik gab der neuen Regierung *Rodríguez Zapatero* Anlass dazu, der angekündigten Korrektur der spanischen Lateinamerikapolitik Taten folgen zu lassen. Im Mai 2004 verpflichteten sich die Beteiligten in Guadalajara (Mexiko) zum Multilateralismus und den Grundsätzen der UN-Charta. Bezeichnend ist es, dass keiner der Angehörigen des „Dreiecks der Azoren“ bzw. der „Koalition der Willigen“ in Guadalajara anwesend war: *Aznar* weil abgewählt, *Tony Blair* und *Silvio Berlusconi* gaben terminliche Probleme an.
- Im Falle von Kolumbien und Venezuela bestand die Politik von *Rodríguez Zapatero* darin, die Beziehungen zu beiden Ländern zu temperieren, damit Spanien wieder einen Beitrag zur Lösung der Konflikte zwischen beiden Ländern leisten kann. Im März 2005 erfolgte auf dem Gipfeltreffen in Ciudad Guyana (Venezuela), an dem auch *Rodríguez Zapatero* und *Lula da Silva* beteiligt waren, der Abschluss eines Friedens- und Freundschaftsvertrags zwischen Kolumbien und Venezuela.
- In den bilateralen Beziehungen mit Brasilien zeigt sich eine große Übereinstimmung zwischen *Rodríguez Zapatero* und *Lula*. Der spanische Regierungschef definierte die Beziehungen zu Brasilien als vorrangige Beziehungen. Dieses Interesse kam in der spanischen-brasilianischen

Zusammenarbeit im Rahmen der Stabilisierungsmissionen in Haiti unter der Leitung Brasiliens zum Ausdruck.

- Weitere Zeichen der neuen beziehungsweise der Rückkehr zur alten spanischen Außenpolitik war zum Beispiel die Weigerung *Zapateros*, die unter der *Aznar*-Regierung an Kolumbien verkauften Waffen zu liefern.
- Auf dem XV. Iberoamerika-Gipfel vom 14./15. Oktober 2005 in Salamanca setzte sich *Rodríguez Zapatero* für die Bildung eines Blocks „mit einer eigenen Stimme“ ein, der im Stande ist, einen größeren Einfluss auf der internationalen Bühne, vor allem in multilateralen Organisationen wie der UN, auszuüben. Eingeweiht wurde die *Secretaría General Iberoamericana* (SEGIB) unter der Leitung des ehemaligen BID-Direktors *Enrique Iglesias*. Die neue ständige Koordinierungsinstanz hat ihren Sitz in Madrid und wird zu 80% finanziell von Spanien getragen (2005: 1.857.000 von 2.321.375 US-Dollar; Portugal finanziert lediglich 1,41%).

Die Schwingung des Pendels

Nach dem letzten Machtwechsel in Madrid erfolgte eine deutliche Annäherung Spaniens an Lateinamerika. *Rodríguez Zapatero* stützte die Lateinamerika-Politik Spaniens erneut auf das Konzept der „iberoamerikanischen Gemeinschaft“ und versuchte auf dem Iberoamerika-Gipfel, diesem neuen Schwung zu verleihen. Dabei spielen jedoch nicht nur gemeinsame Werte eine Rolle, sondern auch politisch-ideologische Affinitäten. Dies erklärt die größere Nähe beziehungsweise Distanz zu bestimmten lateinamerikanischen Regierungen. Bezeichnend ist zum Beispiel der neue Ton in der Kuba-Frage: In der Erklärung der in Salamanca versammelten iberoamerikanischen Regierungschefs wurde die „Blockade“ der USA gegen Kuba streng verurteilt. Dabei fällt nicht so sehr die Verurteilung der Kuba-Politik der USA selbst auf (die später von der Vollversammlung der ONU durch eine Resolution bekräftigt wurde), sondern vielmehr das Vokabular: Nun wird nicht mehr von „Embargo“, sondern von „Blockade“ - in kubanischen

Termini - gesprochen. Sicherlich war diese eine Initiative, die nicht Spanien alleine unterstützte.

Während sich *Rodríguez Zapatero* weigerte, die unter der Regierung *Aznar* verkauften Waffen an Kolumbien zu liefern, schloss er dagegen einen Vertrag mit dem venezolanischen Präsidenten *Hugo Chávez* in Höhe von 1,7 Milliarden Euro über die Lieferung militärischer Flugzeuge und Schiffe und ignorierte dabei die immer stärker autokratischen Züge des venezolanischen politischen Systems. Dies führte zur Irritation in den USA und seitens Spaniens - als Gegenreaktion - zur beschleunigten Vollendung des Geschäfts.

Es stellt sich die Frage, wie weit das Pendel in die neue Richtung schwingen wird. Von einer Intensivierung der Beziehungen würden sicherlich beide Partner profitieren, wenn sie das Resultat einer vernünftigen Politik ist, die jenseits von ideologisch geleiteten Sympathien und unkritischen Haltungen auf konkreten Projekten und der Zusammenarbeit in vielen Bereichen beruht.

Lateinamerika auf dem Weltsozialforum im Januar 2005 in Porto Alegre

1. Soziale Tendenzen der heutigen Welt
2. Grundsätze und Ziele des Weltsozialforums
3. Porto Alegre 2005 - lateinamerikanische Haltungen -
Verlauf, Ergebnisse und Auswirkungen
4. Erfurt 2005 - Porto Alegre in Deutschland ?

Der Weltsozialbericht der Vereinten Nationen für 2005 - er wurde im August dieses Jahres vorgelegt - registriert eine wachsende Kluft zwischen Arm und Reich, die sich nicht nur zwischen führenden Industrieländern und schwächer entwickelten Ländern auftut, sondern durch alle Staaten hindurchgeht. Arbeitslosigkeit und Billiglöhne gehören zu den zentralen Problemen, die UNO-Generalsekretär Kofi Annan veranlassten, weltweit mehr Entschlossenheit bei der Bekämpfung der Armut einzufordern.

Von den rund 186 Millionen Arbeitslosen, die im Weltmaßstab existieren, sind 47% Jugendliche, die zu einem guten Teil überhaupt keine Lehrstelle oder keinen Arbeitsplatz erhalten haben. Von denen, die Arbeit haben, verdient ein Viertel so wenig, dass ihr Lohn - auf die Familienmitglieder umgerechnet - ein Pro-Kopf-Einkommen von unter einem Dollar pro Tag ausmacht. Das ist nach UNO-Kriterien die Grenze für absolute Armut.

Die erzeugten Werte unserer Erde befinden sich zu 80 Prozent in den Industrieländern, in denen rund eine Milliarde Menschen wohnt; die übrigen fünf Milliarden Menschen müssen sich mit 20% dieser Werte begnügen (nach: Berliner Zeitung, 26. 8. 2005).

Damit aber nicht genug: obwohl einige Länder Asiens und Lateinamerikas zum Teil beachtliche Wachstumsraten aufweisen, sind auch dort erreichte Ergebnisse von größer gewordener Ungleichheit - das betrifft vor allem die Chancen für Beschäftigung, die Sicherheit der Arbeitsplätze und das Lohnniveau, aber auch die Gesundheitsvorsorge,

Bildungschancen und die Möglichkeit zur realen Teilnahme am politischen Leben - und von wachsender Armut begleitet. Die UNO muss konstatieren, dass die Hauptziele des Weltsozialgipfels von Kopenhagen 1995 - dort wurden das Ziel einer Vollbeschäftigung und die Überwindung der Armut proklamiert - nicht erreicht wurden, so dass der Ruf nach einer Entwicklungspolitik wieder lauter wird, die sich an den Grundbedürfnissen aller Menschen orientiert und nicht ausschließlich auf wirtschaftliches Wachstum zum Vorteil Weniger setzt. So jedenfalls forderte es der Stellvertretende UNO-Generalsekretär José Antonio Ocampo.

Das Weltsozialforum tagte seit 2001 in Porto Alegre in Brasilien, nur 2004 versammelten sich seine Teilnehmer im indischen Mumbai, das wir noch als Bombay zur Kenntnis genommen haben. Die Teilnehmerzahl hat sich von rund 12000 auf der erste Veranstaltung auf gut 150000 im Januar 2005 erhöht, die Zahl der teilnehmenden Länder, Organisationen, Bewegungen und Gruppen wurde größer, bunter, vielfältiger. Es hat den Prozess neoliberaler Globalisierung nicht aufgehalten, aber - wie Wolfgang Pomrehn es in der "Jungen Welt" (21. 7. 2005) im Vorfeld des ersten deutschen Sozialforums in Erfurt so schön formulierte -, Sandkörner in das Getriebe dieses Prozesses geworfen - als Protest, als Hindernis, zunehmend auch mit dem Bemühen um Alternativen in der Welt von heute. Es hat, gleich ob man es als Störaktion Unzufriedener oder als notwendige Aktion betrachtet, auf Grundprobleme der heutigen Welt aufmerksam gemacht. Darin sehe ich, bei allen Unzulänglichkeiten, die man finden kann, wenn man sucht, das entscheidende Verdienst des Weltsozialforums.

Sein Ursprung bestand im Protest gegen die seit Jahrzehnten stattfindenden Treffen der führenden Industrieländer - dem Weltwirtschaftstreffen - im schweizerischen Kurort Davos, die nach Meinung der Organisatoren und Teilnehmer des Weltsozialforums die Interessen der international die Wirtschaft und Gesellschaft beherrschenden multinationalen Konzerne, internationalen Organisationen wie des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank, der Welthandelsorganisation WTO und des an Bedeutung gewinnenden Allgemeinen Dienstleistungsabkommens GATS vertreten.

Lateinamerika und Westeuropa waren auf den bisherigen Treffen stark, Nordamerika und Asien weniger, Afrika, aber auch Osteuropa kaum präsent. Das hat sich auch im Januar 2005 in Porto Alegre bestätigt, wo auch die asiatische Präsenz - allerdings in Bezug zum Austragungsort Indien 2004 - wieder rückläufig war.

Die Idee, dem Weltwirtschaftsgipfel Gegenwind zu verschaffen, hat sich im Jahre 2000 verdichtet: das Foro Sao Paulo in Brasilien, die speziell gegen Weltbank und IWF gerichtete, vorwiegend in den USA tätige Bewegung "50 years is enough", die Direktion der elitären und alternativen französischen Zeitschrift "Le Monde Diplomatique", die auch wesentliche Impulse für die Gründung der Bewegung Attac lieferte, deren ursprüngliches, inzwischen erweitertes Ziel die Besteuerung der internationalen und dabei vor allem der spekulativen Finanzoperationen (sog. Tobin-Steuer, die nach dem nordamerikanischen Finanzexperten und Nobelpreisträger James Tobin benannt ist) war, und das in Bangkok ansässige Institut "Focus on the Global South" engagierten sich für Aktionen eines Welttreffens, das von den Einzelbewegungen schon vertretene Grundsätze global verdeutlichen und gleichzeitig zu neuen kontinentalen, nationalen und regionalen Aktivitäten anregen sollte.

Der Beginn in Porto Alegre 2001 zeigte, wie die Aktionen bei verschiedenen G 8-Gipfeln vor Ort auch schon davor oder bei den vergeblichen Bemühungen der WTO, gemeinsame Positionen aller Mitglieder zu definieren, wie schon bei Protestaktionen von Globalisierungsgegnern in Seattle und Cancún, mehr Protest als Alternativen. Dennoch kamen, bei wiederholter Betonung, keine verbindlichen Auflagen für die äußerst unterschiedlichen Bewegungen, Organisationen und Parteien zu verordnen, grundsätzliche, prinzipielle Orientierungen zustande, deren Anerkennung Voraussetzung für die Teilnahme an den Treffen ist. Diese Auffassungen sind maßgeblich durch vorausgegangene lateinamerikanische Initiativen beeinflusst worden, von denen die zuerst in Porto Alegre praktizierte sogenannte partizipative Demokratie einer kollektiven Haushaltsdebatte, die Aktivitäten des Forums von Sao Paulo und der kontinentale Widerstand

gegen die Pläne einer gesamtamerikanischen Freihandelszone unter Führung der USA entscheidende Impulse lieferten.

Die Charta des Weltsozialforums von 2001 formulierte - einige Monate nach dem Treffen, unter Zugrundelegung bereits davor diskutierter Auffassungen - unter anderem folgende Ziele und Haltungen, an die vor allem deshalb erinnert werden soll, weil sie die Grundlage für einen Konsens sehr unterschiedlicher Bewegungen und Organisationen bilden, der in seiner Breite und Vielfalt noch über das Forum von Sao Paulo mit seinen etwa 120 Mitgliedern hinausgeht;

1. das Weltsozialforum fördert den freien Gedankenaustausch aller Teilnehmer und Gruppen der Zivilgesellschaft, die sich dem Neoliberalismus, der Beherrschung der Welt durch Kapital und Imperialismus widersetzen - ich halte mich im folgenden an die in der Charta von 2001 verwendeten Begriffe - und für den Aufbau einer solidarischen und umweltorientierten Gesellschaft einsetzen;
2. "Eine andere Welt ist möglich" wird zur Grundorientierung und zum Grundsatz des Treffens, der ein Prozess des Suchens und der zu errichtenden Alternativen bleibt und der internationalen, globalen Charakter besitzt;
3. sein Ziel ist Opposition zur (neoliberalen) Globalisierung im Interesse multinationaler Konzerne und der ihre Interessen durchsetzenden Regierungen, mit Alternativen, die in einer Globalisierung in Solidarität, unter Respektierung allgemeiner Menschenrechte und Rechte der Bürger münden sollen, die *"demokratische, internationale Systeme und Institutionen im Dienste sozialer Gerechtigkeit, Gleichheit und der Selbstbestimmung der Völker"* errichten wollen;
4. das Weltsozialforum bleibt ein Treffen, keine Institution, die beansprucht, die Meinung aller Teilnehmer zu vertreten oder sie ihnen vorzuschreiben; es verbreitet Beschlüsse oder Erklärungen, *"ohne sie zu lenken, zu hierarchisieren, zu kritisieren oder einzuschränken, sondern als Ergebnisse der Organisationen oder der Gruppen von Organisationen, welche die Beschlüsse getroffen haben"*;
5. eine Selbstdefinition des Weltsozialforums als *"pluraler, breit gefächert nicht-konfessioneller, nichtstaatlicher und*

- nicht-parteiischer Zusammenhang*", der dezentral die Bewegungen und Organisationen zusammenbringt, die am Aufbau einer anderen Welt mitwirken - das zentrale Motto des Forums "Eine andere Welt ist möglich" schließt gerade deshalb auch alternative Konzepte zum Ist-Zustand der heutigen Welt ein, nicht nur den Protest dagegen;
6. das Weltsozialforum spricht sich, im Rahmen dieser Prinzipien, für Pluralismus, Vielfalt der Aktionen, Kulturen, Ethnien und Geschlechter aus; es lehnt die Teilnahme von Parteifunktionären und Angehörigen militärischer Organisationen ab und lässt auf Einladung Regierungs- und Staatsbeamte als Einzelpersonen zu;
 7. es lehnt jede Form der Unterdrückung sowie totalitäre Herrschaften und Ansichten ab, unterstützt die Respektierung der Menschenrechte und reale, darunter speziell die in Brasilien erprobte partizipative Demokratie, friedliche, gleichberechtigte und solidarische Beziehungen zwischen den Menschen und Völkern;
 8. das Weltsozialforum versteht sich als eine Stätte für den Austausch von Ideen, die sich gegen kapitalistische Globalisierung richten und um alternative Entwicklungen bemühen und fördert deshalb den Austausch unter den aktiv beteiligten Organisationen und Bewegungen, die für eine wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung eintreten, die die Bedürfnisse der Menschen und der Natur heute wie in Zukunft respektiert;
 9. das Weltsozialforum versucht-, Verbindungen unter Organisationen und Bewegungen der Gesellschaft zu stärken und neu zu schaffen, die *"gewaltfreien sozialen Widerstand gegen den Prozess der Entmenschlichung, den die Welt zur Zeit durchläuft,"* und der durch staatliche Gewalt gefördert wird, damit die humanitären und humanistischen Ziele der beteiligten Kräfte erreicht werden können;
 10. und schließlich möchte das Weltsozialforum die teilnehmenden Kräfte anregen, alles zu tun, um *"eine neue Welt in Solidarität"* aufzubauen.

Zu den zentralen Dokumenten - wenn man es bei einem dezentral organisierten Treffen, das sich als offener Raum für alle versteht, die die genannten allgemeinen Grundsätze

akzeptieren, so nennen darf - des Treffens von Porto Alegre 2005 zählt der *Aufruf der Sozialen Bewegungen zur Mobilisierung gegen Krieg, Neoliberalismus, Ausbeutung und Ausgrenzung - für die andere mögliche Welt*.

Er bezieht sich ausdrücklich auf die Erklärungen von 2001, dass eine andere Welt möglich ist, dass Neoliberalismus und eine "Normalität" des Krieges, der sozialen Ungleichheit, des Rassismus, der Kasten, des Patriarchats, des Imperialismus und der Umweltzerstörung nicht unvermeidlich sind und die Bewegung sich auf alle Kontinente ausgedehnt hat. Für diese Tatsache stehen unter anderem die Proteste gegen den Irak-Krieg, die Gipfel der G 8, der WTO, des IWF und der Weltbank ebenso wie die Aktionen zum Schutz der Umwelt, der Rechte der Völker, gegen die Privatisierung der Ressourcen - wo es in der Tat im Laufe dieses Jahres zum Beispiel in Uruguay und Bolivien reale Erfolge gab.

Die Teilnehmer des Treffens gingen davon aus, dass sich die Vorherrschaft des Neoliberalismus in der Krise befindet, vor allem weil sie unfähig ist, eine Zukunft in Würde und Demokratie anzubieten. Sie verurteilen aber, wie es wörtlich heißt, *"Gewalt, Militarisierung, Unterdrückung, Kriminalisierung der sozialen Kämpfe, politischem Autotarismus und ideologische(r) Reaktion"* und orientieren vorrangig auf Sicherung des Friedens, der sozialen und demokratischen Rechte, das Selbstbestimmungsrecht der Völker für ihr Schicksal sowie die Streichung der Auslandsschulden der Länder des Südens.

Diese grundsätzlichen und zunächst recht allgemeinen Ziele sind mit detaillierten Forderungen untersetzt:

- Auslandsschulden der Länder des Südens werden als illegal eingestuft und ihre sofortige Streichung, zuerst in den von den Folgen des Tsunami Ende 2004 betroffenen Ländern, verlangt. Darüber hinaus unterstützen die Organisationen des Weltsozialforums jene sozialen Bewegungen, die sich anstelle von Schuldner zu Gläubigern erklären und Entschädigungen für die von international tätigen Unternehmen verursachten historischen, sozialen und ökologischen Schäden Entschädigungen von den Verursachern verlangen. Das

Treffen verlangte in diesem Zusammenhang das Ende aller sogenannter "Integrationspläne", die nur auf die uneingeschränkte Nutzung der Ressourcen der Länder des Südens im Interesse der Stärkeren in einem solchen Zusammenschluss ausgerichtet sind.

- die Proteste gegen den Irak-Krieg der USA sollen fortgesetzt und verstärkt werden - wofür der 19. März in Anklang an weltweite Aktionen im Jahre 2003, also unmittelbar vor Beginn des Irak-Krieges, als ein besonderer Aktionstag vorgesehen wurde -, bei gleichzeitiger Solidarität mit den Kriegsgegnern und -Verweigerern. Das Forum unterstützt weltweit alle Aktionen für Abrüstung und Demilitarisierung, gegen die Existenz von US-Militärbasen in anderen Ländern; für nukleare Abrüstung, Kontrolle des Waffenhandels und für die Kürzung der Militärausgaben durch den Staat.
- Nachdem die schnelle Formierung der gesamtamerikanischen Freihandelszone ALCA zunächst an kontinentalen Protesten scheiterte, richteten sich die jetzigen Aktionen gegen Versuche - etwa durch bilaterale Abkommen mit mittelamerikanischen Staaten oder Bemühungen um eine globale Privatisierung der öffentlichen Dienste - zur Durchsetzung der Interessen der transnationalen Konzerne über Freihandels- und internationale Verträge. Solche Aktionstage und -wochen richteten sich im April gegen die WTO und im Juli gegen den G 8-Gipfel im schottischen Edinburgh und G8-Gipfel und sind für November beziehungsweise Dezember dieses Jahres mit dem Gipfel der Völker Amerikas in Mar del Plata/Argentinien und gegen das VI. Ministertreffen der WTO in Hongkong vorgesehen. In diesem Kontext spielte die Forderung nach einer weltweiten Abgabe auf internationale Finanzoperationen zur Finanzierung von Entwicklung.
- Mit dem Weltmarsch der Frauen - unter der gleichen Bezeichnung existiert ein Mitte der 1990er Jahre entstandenes internationales Netzwerk von rund 140 Organisationen -, der im März in São Paulo/Brasilien

begann und in der nächsten Woche in Burkina Faso enden soll, wird neben den Forderungen nach Respektierung sozialer und politischer Rechte der Frauen ebenfalls ein Zeichen gegen diskriminierenden Freihandel und Militarisierung sowie für die so genannte Nahrungsmittelsouveränität, einer Bewegung gegen die Zerstörung lokaler Märkte und massenweise Billigimporte, gesetzt.

- Das Forum unterstützt alle Anstrengungen zur Sicherung von Würde, Gerechtigkeit, Gleichheit und der Menschenrechte für heute diskriminierte Völker und Gruppen.
- In Bezug auf die sozialen Grundrechte enthält das Dokument grundlegende Aussagen für das Recht auf Ernährung und die eigene Nahrungsmittelproduktion, gegen Exportsubventionen, Dumping von Agrarüberschüssen und genetisch veränderte Nahrungsmittel, die transnationale Unternehmen zur Kontrolle der Märkte nutzen. Das Forum tritt weiter für eine Agrarreform zu Gunsten der Kleinbesitzer und Landlosen ein, die eine nachhaltige, die Umwelt schonende Produktion betreiben. Proteste gegen die Agrarpolitik der WTO waren für April und September geplant.
- Einen zentralen Platz nimmt, auf diesem Treffen ganz besonders betont, das Eintreten gegen die Privatisierung der Wasserversorgung ein; der Zugang zu Trinkwasser wird zum Menschenrecht erklärt, darauf hat auch ein internationales Kolloquium im März in Genf aufmerksam gemacht;
- Das Forum fördert Bewegungen und Netzwerke für einen *"Weltweiten Klimavertrag: Eine solare Welt ist möglich"* und unterstützt den internationalen Klimamarsch im November dieses Jahres. Hierbei und bei der gescheiterten Initiative der *"soziale(n) Verantwortung der transnationalen Konzerne"* geht es darum, genau diesen Unternehmen entgegenzutreten, weil sie - als Beispiel wurden Nestle und Coca Cola in Kolumbien, Pepsi Cola und

Coca Cola in Indien genannt - die Gesellschaft und die Umwelt bedrohen und beschädigen.

- Das Weltsozialforum unterstützte weiterhin die Rechte des palästinensischen Volkes, verurteilte die Blockade Kubas und trat für einen fairen Prozess für die in den USA angeklagten Kubaner und gegen die Anwesenheit fremder Truppen auf Haiti ein.
- Es tritt für aktive Solidarität mit den Diskriminierten und Ausgegrenzten, auch mit diskriminierten Kindern und für sexuelle Gleichberechtigung und gegen Kommerzialisierung auf beiden Gebieten ein.
- Das Forum unterstützt ein globales Netzwerk für Migranten, Flüchtlinge und Vertriebene und die Ratifizierung der UNO-Charta zum Schutz der Migranten, die bisher von den Ländern des Nordens abgelehnt wird. Ebenso wird eine Bestrafung der Regierung verlangt, die die Genfer Flüchtlingskonvention nicht einhalten.
- Zum 10. September, parallel zur UNO-Generalversammlung, sollen die Teilnehmer des Forums *"für eine demokratische neue Weltordnung, gegen Armut und Krieg auf die Straße (zu) gehen"*.

Um die Aufzählung abzukürzen: es sind Aktionen für öffentliche - nicht private - Bildung, gegen die Kommerzialisierung der Kommunikation (und für die Teilnahme an einem Weltgipfel der Gesellschaft für Kommunikation im November 2005 in Tunis), zu einer Generalversammlung zur Verteidigung der Gesundheit in Cuenca/Peru und zum selben Thema 2007 in Afrika vorgesehen.

(Quelle: <http://www.labournet.de/diskussion/wipo/seattle/pa05/erkl%C4%84rung.html>)

Lateinamerikanische Positionen auf dem Weltsozialforum zu analysieren und damit zu bewerten, stößt an Grenzen: sieht man von den allgemein registrierten und kommentierten Auftritten von Lula und Chávez ab, verhindert schon das Spektrum der Themen und der Teilnehmer eine einheitliche Interpretation. Dennoch bleibt zunächst die Feststellung, dass nicht nur die Initiative dieser Treffen von Lateinamerika und

gleichgesinnten Bewegungen anderer Kontinente ausging, sondern die realen Probleme der lateinamerikanischen Gesellschaft und die Aktivitäten zu ihrer Lösung, darunter vieler neuer Bewegungen "von unten", maßgeblich dazu beigetragen haben, dass weltweit Forderungen nach Frieden und Entwicklung, sozialer Gerechtigkeit und Humanität dringender formuliert worden sind als in Jahren davor.

Der umstrittene Auftritt von Präsident Lula, der unmittelbar nach seiner Rede vor den Delegierten des Forums in Porto Alegre nach Davos zum Weltwirtschaftsgipfel reiste, hat seine entscheidende Ursache in der inzwischen sehr großen Kluft zwischen verkündeten Wahlzielen seiner Arbeiterpartei und der realen Politik; die Akzeptanz der harten Auflagen des IWF und der Weltbank für die Rückzahlung der Außenschulden hat natürlich Auswirkungen auf die Möglichkeiten zur Realisierung etwa der Agrarreform und auf die mit großem Aufwand verkündete Kampagne "Null Hunger".

Kritik an den Gesprächen Lulas mit den Vertretern der führenden Industriestaaten war schon bei seinem ersten Vorstoß 2003 laut geworden, als Finanzminister Palocci die Austeritätspolitik und Inflationsbekämpfung wegen der damals schon auf 260 Milliarden Dollar angewachsenen Schulden verteidigte und die Regierung argumentierte, sie träfe sich mit der Wirtschaftselite in Davos, um eine "Globalisierung in Solidarität" einzufordern (World Socialist Web Site, 30.1.2003).

Die kritische Bewertung der von der Regierung Lula praktizierten Politik hat eindeutig auch bei den Hauptkräften zugenommen, die seine Wahl aktiv unterstützt haben. Gegner der Regierungspolitik aus den Reihen der Arbeiterpartei PT und der Landlosenbewegung MTS, über die Antonio Andrioli im letzten Jahr hier gesprochen hat, haben ihre Position auf dem Weltsozialforum deutlich gemacht. Das ist umso verständlicher, wenn man berücksichtigt, dass Brasilien nach wie vor zu den Staaten der Welt mit den größten sozialen Gegensätzen gehört: ein Prozent der Bevölkerung mit den höchsten Einkünften verfügt über den gleichen Anteil am Nationaleinkommen wie die Hälfte der Gesamtbevölkerung.

Dementsprechend hatte der Soziologe Emir Sader, aktiv im Weltsozialforum und Berater der MTS, Lula schon 2003 von der

Reise nach Davos abgeraten; der ehemalige mexikanische Präsident Zedillo, ein eifriger Befürworter von Freihandel und neoliberaler Globalisierung, riet dagegen Lula, seine unpopulären Maßnahmen fortzusetzen, da es keine andere Möglichkeit gäbe. Aktivisten des Weltsozialforums wie der Mitarbeiter des Bangkokener Instituts Focus on the Global South Walden Bello erklärten 2005 sogar, Lula habe mit seiner Gesprächsbereitschaft in Davos entscheidend dazu beigetragen, dass die Jahre lang ohne Ergebnis gebliebenen Verhandlungen in der Welthandelsorganisation WTO weitergeführt werden können.

Beobachter des diesjährigen Treffens in Porto Alegre sind sich einig, dass Hugo Chávez für seine Rede wesentlich mehr Beifall erhielt als Lula. Dem hörten noch an die 15000 Leute zu, im Unterschied zu 70000 vor zwei Jahren. Sie zogen es offenbar vor, die Zukunft der sozialen Bewegungen zu diskutieren. Der Zulauf zu Chávez mag durchaus an seinen wiederholten Bezügen auf Che Guevara und traditionelle lateinamerikanische Auseinandersetzungen mit der USA-Politik gelegen haben, hat mit Sicherheit aber auch mit der venezolanischen Initiative für ein Gegenstück zur Amerikanischen Freihandelszone zu tun, die Chávez und Fidel Castro Ende 2004 in Havanna unter dem Namen Alternativa Bolivariana para América -ALBA statt ALCA - verkündeten, und mindestens ebenso mit dem Vorstoß des "I. Energiegipfels der karibischen Staaten" (Juli 2005 in Puerto La Cruz/Ven.) zur Bildung einer regionalen Erdölgesellschaft, deren Funktionieren schon strategische Positionen der USA berühren würde und der man sehr praktische Bedeutung nicht absprechen könnte. Dieser kubanisch-venezolanische Vorstoß, den das Forum von Porto Alegre ausdrücklich als einen Beitrag zur notwendigen Süd-Süd-Integration im Sinne einer Alternative zu der vom Norden angestrebten Freihandelszone wertete, knüpft an Vorläufer an: bereits 1980 hatten Venezuela und Mexiko mittelamerikanischen und einigen karibischen Staaten Erdöl zu günstigen Bedingungen angeboten, Venezuela wiederholte ein solches Angebot im Jahre 2000 (vgl. Harald Neuber, 24. 7. 2005).

Die kubanisch-venezolanische Grundhaltung zu einer regionalen Integration lateinamerikanischer und karibischer Staaten ohne die USA wurde zum Abschluss des Weltsozialforums bekräftigt, und der Sekretär der brasilianischen

Arbeiterpartei für internationale Angelegenheiten Paulo Ferreira verzeichnete es bei der Gelegenheit bereits als Erfolg, das Zustandekommen von ALCA zum ursprünglich vorgesehenen Termin verhindert zu haben.

Die Haltung der Regierung Chávez zu aktuellen Problemen Lateinamerikas hat sichtbar die Entscheidung des Internationalen Rates des Weltsozialforums beeinflusst, die kontinentale Veranstaltung für 2006 nach Caracas einzuberufen.

Wie angesichts jahrzehntelanger Blockade und Konfrontation der USA gegenüber Kuba nicht anders zu erwarten, hatte Fidel Castro auf dem Energiegipfel in Venezuela den Irak-Krieg der USA verurteilt und als ersten (zeitgenössischen) Krieg um den Zugriff auf Energieressourcen eingestuft. Er sparte nicht mit Kritik an den führenden Industrieländern, denen er "verschwenderische Politik" und "unverantwortliches Handeln" im Umgang mit Energieressourcen vorwarf.

Die in diesem Jahr in Porto Alegre im „Aufruf der Sozialen Bewegungen zur Mobilisierung gegen Krieg, Neoliberalismus, Ausbeutung und Ausgrenzung - für die andere mögliche Welt“ festgeschriebenen Grundsätze werden bereits heute von der Zapatistischen Armee der nationalen Befreiung (EZLN) in Mexiko in vielen Teilen umgesetzt, liefern damit einen Beweis für ihre Realisierbarkeit und sprechen gegen den Vorwurf, nur bloße Utopie bleiben zu können.

Die bereits 1983 von nur sechs Aktiven gegründete Guerilla im Regenwald von Chiapas, die nach dem bewaffnetem Aufstand im Januar 2004 gegen Ausbeutung, Rassismus und neoliberale Wirtschaftspolitik schlagartig weltweit bekannt wurde, gilt als eine Mitinitiatorin der internationalen Bewegung gegen die kapitalistische Globalisierung. Grundsätze der mehrheitlich indigenen EZLN wie das „Fragend voranschreiten“ (preguntando caminamos), d.h. nicht in Dogmen zu verfallen, oder das „Gehorchend befehlen“ (mandar obedeciendo), d.h. konsequent den Willen der Basis umzusetzen, stellen wie auch das „Eine andere Welt ist möglich“ von Porto Alegre heute gängige Modelle von Politik und Machtausübung in Frage.

Die Einflusszone der EZLN ist bis heute von großer Armut (nach Angaben des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen, UNDP, befinden sich die mexikanischen Bundesstaaten Chiapas, Oaxaca und Veracruz noch immer in einem Zustand „extremer Unterentwicklung“) sowie Repression durch Armee und Paramilitärs geprägt. Dennoch hat die Bewegung bereits vor Jahren fünf Zonen mit 30 autonomen Landkreisen und Hunderten Gemeinden ausgerufen. In jeder Zone existiert ein Kommunikationszentrum, ein sog. Caracol (Schneckenhaus), in dem Delegierte der Landkreise jeder Zone ihre Arbeit leisten. Diese Räte, die wöchentlich (!) wechseln und aufgrund noch mangelnder Erfahrung von zivilen EZLN-Comandantes unterstützt werden, nennt man „Juntas der Guten Regierung“. Präsident einer Gemeinde wird nur, wer eine Reihe von Ämtern durchlaufen hat. Sein Mandat gilt ein Jahr, dann wird wieder gewählt. Politische Parteien gibt es nicht. An den Ortseingängen aller rebellischer Hochburgen verkündet ein Schild das basisdemokratische Motto: „Sie befinden sich auf zapatistischem Territorium. Hier befiehlt die Bevölkerung und die Regierung gehorcht“ ("Está usted en territorio Zapatista. Aquí manda el pueblo y el gobierno obedece").

Das nun im Juni dieses Jahres in ihrer Sechsten Erklärung aus dem Lakandonischen Urwald vorgeschlagene Projekt einer landesweiten antikapitalistischen Allianz, das in Anspielung auf die im Jahr 2006 stattfindenden Präsidentschaftswahlen Die andere Kampagne genannt wird, nimmt mittlerweile konkrete Formen an: Vom 16. bis 18. September, der Ersten Vollversammlung der Anderen Kampagne, diskutierten fast 800 Gruppen aus ganz Mexiko, darunter Frauen-, Indígena-, Gewerkschafts-, Stadtteil- und Umweltorganisationen, die ersten Schritte, um diese komplexe Aufgabe anzugehen. Dabei ist man sich dessen bewusst, dass es sich bei dieser Initiative nur um einen langfristigen und tiefgreifenden Prozess handeln kann: „Wir wollen eine andere Art finden, Politik zu betreiben. Für das Erreichen der Autonomie werden wir nicht nur ein, zwei, fünf, zehn oder 20 Jahre benötigen, sondern mindestens das ganze Jahrhundert“, sagen die Zapatistas (Junge Welt, 26.9.2005). Jede der Gruppen konnte sich bei den Treffen mit der EZLN ohne zeitliche Beschränkung vorstellen, ihre Ideen präsentieren und - besonders wichtig - Vorschläge für konkrete Schritte für die Andere Kampagne machen. Der Politikwissenschaftler Ricardo

Martínez von der Nationalen Autonomen Universität UNAM aus Mexiko-Stadt fasst die Diskussion der Ersten Vollversammlung wie folgt zusammen: „Es wurde sich für eine neue Verfassung ausgesprochen. Dabei soll der Respekt gegenüber verschiedenen Denk- und Handlungsweisen gewahrt bleiben. Die elf elementaren Forderungen der EZLN (Arbeit, Land, Obdach, Nahrung, Gesundheit, Bildung, Unabhängigkeit, Freiheit, Demokratie, Gerechtigkeit und Frieden) sollen rasch umgesetzt werden. Eine weitere Vertiefung des Neoliberalismus soll verhindert werden. Ferner wurde ein globales antikapitalistisches Projekt anvisiert, das von der lokalen und nationalen Ebene aus agieren soll" (Junge Welt, 26.9.2005).

In den nächsten Wochen und Monaten wollen die unterzeichnenden 773 Gruppen eine Informationskampagne über die Andere Kampagne auf den Weg bringen. Gleichzeitig verkündete EZLN-Sprecher Subcomandante Marcos, dass eine Delegation der EZLN, an der er selbst teilnimmt, ab dem 1. Januar 2006 als Vorhut eine Rundreise durch alle 32 mexikanischen Bundesstaaten durchführen wird, um die unterschiedlichen Kämpfe näher kennen zu lernen und zu vernetzen. Eine zweite Rundreise von September 2006 bis März 2007 soll dann den konkreten Aufbau autonomer Strukturen in ganz Mexiko vorantreiben. Marcos betonte zudem, dass die EZLN dabei keinerlei Führungsanspruch anstrebe. Und Guerillakommandeur Moises unterstrich bei der Versammlung vom 17. September, dass es nicht um die Propagierung des bewaffneten Kampfes gehe, sondern sagte: „Unser Aufbruch ist politisch und pazifistisch. (...) Es ist an der Zeit, dass die Armen Mexikos gemeinsam ¡Ya basta! rufen".

Mit ihrer aktuellen Initiative treten die Zapatistas in eine neue historische Phase ihres Kampfes ein. In Abstimmung mit anderen Bewegungen wollen sie die mexikanische Gesellschaft von unten radikal verändern und beziehen damit einen klaren Klassenstandpunkt. Der Soziologe Pablo Gonzäiez Casanova, ausdrücklicher Befürworter der Anderen Kampagne, bezeichnet diese als ein visionäres anarchistisches Projekt, das auf lange Zeit angelegt sei und das mit dem Vorschlag für eine neue Verfassung beginne, wobei diese von kollektiven Protagonisten erarbeitet werde (La Jornada, 7.9.2005). Der pluralistische Charakter, der Appell an Toleranz und Heterogenität, ist

wesentliches Merkmal der Bewegung: „Die Einheit, die wir brauchen, ist nicht diejenige, an die wir gewöhnt sind. (...) Eine Einheit, die nach Hegemonie und Homogenität strebt, ist zum Scheitern verurteilt“, so Marcos (Junge Welt, 26.9.2005). Damit scheint sich die EZLN endlich aus ihrer lokalen Isolation zu lösen, aber auch gleichzeitig ein Terrain zu betreten, auf dem sie nicht über ein Monopol verfügt.

Dass die neue politische Offensive nicht nur in der mexikanischen, sondern auch der internationalen Öffentlichkeit hohe Aufmerksamkeit erfuhr, liegt daran, dass die Andere Kampagne weit über die Forderung nach Gerechtigkeit für die indigene Bevölkerung hinausgeht. So trafen sich zum Beispiel bereits im Juli Vertreter sozialer Organisationen aus Spanien, Italien, Frankreich, Deutschland, Schweiz und Dänemark in Barcelona, um die Solidaritätsarbeit mit den Zapatistas und (damit) gleichzeitig den antikapitalistischen Widerstand in Europa zu verstärken.

Wie auf allen vorangegangenen Treffen des Weltsozialforums, war das Programm von Porto Alegre 2005 fast unübersichtlich.

Außer der erwähnten Abschlusserklärung der sozialen Bewegungen hat vor allem ein Manifest von 19 Intellektuellen Aufsehen erregt. Es wurde unter anderem vom Literatur-Nobelpreisträger José Saramago aus Portugal, dem uruguayischen Schriftsteller Eduardo Galeano (dessen erstes, Aufsehen erregendes Buch "Die offenen Adern Lateinamerikas" in der DDR seinerzeit mit einem Vorwort des inzwischen verstorbenen Professors Horst Drechsler veröffentlicht worden war), dem ehemaligen spanischen UNESCO-Direktor Federico Mayor, dem brasilianischen Minister Luiz Dulci, Ignacio Ramonet von "Le Monde Diplomatique" und anderen ausgearbeitet. Eine dazu geführte Podiumsdiskussion über Utopien und die Zukunft sozialer Bewegungen machte recht unterschiedliche Positionen deutlich. Während Galeano sich für das Nachdenken über Utopien der sozialen Gerechtigkeit und des Friedens aussprach, kamen von Ramonet eher praktische, einigen Teilnehmern nicht weit genug gehende, Vorschläge: eine weltweite Steuer für die Bekämpfung des Hungers, die Schließung von Steueroasen, die Streichung der Schulden der Entwicklungsländer, Zugang zu

sauberem Wasser für alle und eine internationale Solidaritätssteuer auf die größten Vermögen.

Das "Manifest" der Intellektuellen, dem keine Diskussion an der Basis der teilnehmenden Bewegungen vorausging, wurde von vielen als aufgezwungen abgelehnt. Das hat aber weniger mit dem Inhalt, sondern offenbar mit dem Grundprinzip der Ablehnung irgendwelcher hierarchischer Strukturen und Vorgehensweisen zu tun, worauf sich die Teilnehmer des Forums 2001 verständigt hatten.

Was hat nun das diesjährige Forum von Porto Alegre außer den genannten Erklärungen, die keine gemeinsame Deklaration aller beteiligten Organisationen und Bewegungen darstellen, gebracht?

Die Bewertungen sind unterschiedlich. Es war zunächst eine Massenveranstaltung, die mehr Menschen, Organisationen, Bewegungen und Initiativen zusammenführte, als je zuvor. Das Forum geriet damit an die Grenzen der Realisierbarkeit, war aber wohl dennoch mehr als eine "Messe der Gerechtigkeit", wie es die *taz* in der ihr eigenen Art etwas herablassend-abwertend formulierte. Für Leonardo Boff, der weiterhin Anhänger der Theologie der Befreiung und Kritiker der heutigen kapitalistischen Welt bleibt, machten gerade die menschlichen und geistigen Werte, die in Porto Alegre erneut beschworen wurden, den Unterschied zur Welt von Davos - als Symbol für die wirtschaftlichen und politischen Führungskräfte der mächtigsten Staaten - aus. Letztere haben, nach seiner Einschätzung, keinen Sozialvertrag und keine Argumente mehr zur Lösung aktueller Probleme und setzen auf Krieg und Gewalt, wobei er soziale Gewalt einschloss. Nur eine Zivilgesellschaft könne die Alternative bilden; auch aus diesem Grund sieht er eine enge Verwandtschaft zwischen der von ihm vertretenen Theologie der Befreiung und den Grundsätzen und Anliegen des Weltsozialforums (*taz*, 2.2.2005).

Elmar Altvater, um einen deutschen Teilnehmer zu zitieren, gelangt zu einer keineswegs unkritischen, jedoch insgesamt positiven Bilanz des Weltsozialforums und formuliert zugleich neue Aufgaben (ursprünglich in: Freitag, 4.2.2005; auch verbreitet von der AG Friedensforschung an der Universität

Kassel). Er sieht die Bewegung nicht schwächer als vor Jahren und betont den Wert der direkten Treffen (bei allen organisatorischen Unzulänglichkeiten, etwa bei den Übersetzungen der Beiträge aus aller Welt). Das Motiv für ihre Treffen bestehe schlicht darin, dass die Welt weder friedlicher noch gerechter geworden sei: die soziale Sicherheit ist geringer - neoliberale Dogmen und gekürzte Staatshaushalte tragen dazu bei, und das lautstark verkündete UNO-Millenniumsziel von einer Halbierung der Armut in Afrika wurde gründlich verfehlt. Der Zuspruch zum Weltsozialforum resultiert nach Altvater nicht zuletzt daraus, dass eine Bedrohung der "menschlichen Sicherheit" (er nennt diesen Terminus UN-Jargon) zugenommen hat und nur in einer "solidarischen Ökonomie" - in Ansätzen zum Beispiel in ländlichen Genossenschaften in Brasilien, evtl. in Venezuela; in kleinen Krediten für soziale Projekte oder für angemessenen Wohnraum - eine Alternative besteht, die aber im jetzigen Umfeld auf staatliche Unterstützung angewiesen ist. Das "Manifest" der Intellektuellen ist für ihn ein Konsens von oben, Gespräche Lulas in Davos bergen die Gefahr der Vereinnahmung in sich.

Eine Bewertung des Treffens muss auch die internationale Reaktion einbeziehen: Es ist beachtenswert, dass nach dem Treffen von Porto Alegre von einer Gruppe Abgeordneter der Vereinigten Europäischen Linken/ Nordischen Grünen Linken im Europaparlament ein Entschließungsantrag eingebracht wurde, der sich auf den Appell zum Abschluss des Weltsozialforums und die Entschließung des parallel tagenden Weltforums der Parlamentarier in Porto Alegre bezieht. Indem das Weltsozialforum eindeutig als eine Einrichtung mit Alternativen zu Krieg und Neoliberalismus identifiziert und die Bedeutung des Treffens vom Januar sowie der sozialen Bewegungen weltweit anerkannt werden, unterstreichen die Antragsteller insbesondere die Zielsetzungen des WSF für nachhaltige Entwicklung und Überwindung der Armut, für die Nutzung von Ressourcen im Interesse aller, soziale Projekte und partizipative Demokratie. Sie schätzen ein, dass der Wirtschaftsgipfel von Davos in diesem Jahr Themen wie Ungleichheit, Umweltzerstörung und Klima berücksichtigen und sich damit stärker beschäftigen musste, *"auf die zuerst vom Weltsozialforum in Porto Alegre aufmerksam gemacht wurde"*. Demnach soll das Europaparlament

- anerkennen, dass Porto Alegre 2005 erneut Krieg und Neoliberalismus deutlich abgelehnt hat; für politische Werte der Solidarität, Freiheit, Gerechtigkeit, Frieden, Demokratie und aktiver Teilnahme am gesellschaftlichen Prozess eintritt sowie für den Vorrang von Entwicklung, Umweltschutz und kultureller Vielfalt vor Profit und dass durch Porto Alegre der Zusammenhalt und Meinungsaustausch sozialer Bewegungen und Nicht-Regierungs-Organisationen gestärkt wurde und von ihnen mehr Alternativen angeboten wurden;
- alle Maßnahmen gegen die Privatisierung des Wassers unterstützen;
- sich mit den Positionen des WSF gegen Krieg und die Instrumentalisierung des Kampfes gegen den Terror zu Kriegszwecken und zur Einschränkung von Freiheit solidarisieren sowie die Demokratisierung und Unterstützung der Vereinten Nationen fördern;
- sich für die Respektierung der Souveränität des Irak und den Rückzug der Besatzungstruppen und für eine dauerhafte Lösung des Nahostkonflikts und eine Friedensregelung zwischen Israel und Palästina einzusetzen; Verhandlungslösungen der Konflikte in Kolumbien und gegen die Militarisierung der Region unterstützen;
- alles tun, um die Forderung nach Erlass der Auslandsschulden für Entwicklungsländer, Reform der internationalen Finanzgremien, ein gerechteres Handelssystem zu forcieren, damit die Ungleichheit zwischen armen und reichen Ländern überwunden wird; dazu auch den Vorschlag von Porto Alegre (und Davos!) zur Bildung eines Fonds aus Steuern auf Kapitalspekulationen zur Bekämpfung von Hunger und Armut umsetzen;
- die Forderungen aus Porto Alegre zur Nahrungsmittelversorgung, zu Gesundheits- und Umweltschutz und die Appelle der Bauern- und

Indianervereinigungen an die Regierungen zur Forcierung von Agrarreform und einer Handelspolitik des Überlebens und der Selbstversorgung mit Nahrungsmitteln unterstützen;

- sich dem Aufruf des Weltforums der Parlamentarier an die UNESCO anschließen, ein Abkommen über die kulturelle Vielfalt zustande zu bringen, das auch dem Schutz der Kulturen vor dem Profitstreben nach den Grundsätzen der WTO und von GATS dient.

Diese weitreichenden, mit den Hauptzielen von Porto Alegre übereinstimmenden Forderungen waren mit einer Kritik an dem Versuch verbunden, in Davos eine Art Minigipfel der WTO mit den führenden Industrieländern zu inszenieren, der die Weiterführung der in Seattle und Cancún gescheiterten Verhandlungen über Handelspolitik, Agrarzölle und Liberalisierung vorbereiten sollte.

Ohne einen direkten, linearen Zusammenhang zu konstruieren und die Wirkung der Forderungen von Porto Alegre auf den Gipfel von Davos zu überschätzen, fiel auf, dass sich die Delegationsleiter der Industriestaaten in diesem Jahr in humanitären und sozialen Aussagen gegenseitig zu übertreffen suchten, nachdem schon zuvor auch Bundeskanzler Schröder sein Herz für die Tobin-Steuer auf internationale Finanzbewegungen entdeckt hatte.

Es folgt ein großer, aus unserer Sicht jedoch notwendiger Sprung:

Erfurt hat eine Beziehung zu Lateinamerika, die es vor 15 Jahren noch nicht erahnen konnte: die nach der Wende neu erfundene Universität genehmigt sich einen Lehrstuhl für Geschichte Lateinamerikas.

Lateinamerika kam aber in Thüringen in diesem Sommer anders vor als erwartet:

Das Erste Sozialforum in Deutschland vom 21. Juli an fiel schmaler aus als von den Initiatoren gedacht, zu spät, wie viele meinen, immerhin mit einem gebündelten Protestpotential. Die Pressemitteilungen schwanken in ihren Angaben: 5000

gemeldete, vielleicht 3000 anwesende Aktivisten der sozialen Protestbewegungen kamen zusammen, um die konkreten Auswirkungen deutschen Sozialabbaus und sozialer Diskriminierung in Deutschland bloßzustellen. Insgesamt nahmen an die 300 Organisationen an dem Treffen teil, das zum Abschluss unter anderem garantierte Mindestlohnabkommen und eine menschenwürdige Rente forderte und gegen Sozialabbau und speziell Hartz IV protestierte.

Es gab eine Themenkonferenz über "Menschenrechte und politische Teilhabe", Veranstaltungen gegen den Irak-Krieg und zur Lösung der Probleme Palästinas. Je nach Standpunkt der Teilnehmer, gab es Kritik an einer zu großen Hierarchie durch die Hauptveranstalter, Attac, die Alternative Wählergemeinschaft und die PDS/ Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Die Organisatoren beriefen sich ausdrücklich auf die Ziele und Erfahrungen des Weltsozialforums in Porto Alegre und Vorleistungen europäischer Sozialforen in Florenz und Paris 2002 bzw. 2003. Dennoch, und bei allen interessanten und nach Gemeinsamkeiten des Protestpotentials verschiedener Organisationen und Bewegungen suchenden Veranstaltungen, bei denen sich die Gewerkschaften stark engagierten, bleibt der Eindruck, dass ein Vergleich zu Porto Alegre mehr als vermessen wäre. Wohl reichten die Themen von der Zukunft der Arbeitswelt bis zur Perspektive europäischer sozialer Bewegungen, ein Massen bewegender Vorgang war Erfurt im Unterschied zu der geballten Kraft des Protestes und der Suche nach Alternativen wie in Porto Alegre nicht, und einige Aktivitäten wie gegen Hartz IV hätten wohl ein halbes Jahr davor mehr Aufmerksamkeit erzielt. So war es vielleicht der Anschluss an eine weltweite Bewegung, seine Bewährungsprobe muss das Sozialforum in Deutschland erst bestehen. Sie könnte vor der Haustür stattfinden, denn erste Absprachen für Aktionen aus Anlass des GS-Gipfels in Heiligendamm 2007 hat es gegeben.

Zum Abschluss: vieles von dem, was hier über das Weltsozialforum gesagt wurde, sind längst nicht realisierte mittel- und langfristige Ziele, in einigen Fällen auch nur Absichtserklärungen, sie sind trotzdem - zumindest aus unserer Sicht - erstrebenswerte Anliegen. Im Unterschied zu dem etwas weltabgewandten und zugleich scharfsinnigen Don Quijote,

dessen 400. Geburtstag Spanien nun schon das ganze Jahr feiert, geht es nicht darum, verlorenen Idealen einer vergangenen Welt nachzutruern, sondern eine friedlichere, gerechtere, solidarische Zukunft zu gestalten und damit heute zu beginnen. Das entspricht dem Anliegen der im Weltsozialforum zusammengeschlossenen Kräfte.

Literaturtipps:

Durán de Huerta, Marta: Yo Marcos, Gespräche über die zapatistische Bewegung, aus dem Spanischen von Horst Rosenberger und Andreas Löhrer, Edition Nautilus, Hamburg 2001.

Minà, Gianni (ed.): Un mundo mejor es posible: Desde el foro de Porto Alegre, ideas para construir otro futuro. Ed. Union, La Habana 2003.

Múñoz Ramírez, Gloria: EZLN: 20 + 10 - Das Feuer und das Wort, aus dem Spanischen von Gabriele Jahn, Unrast-Verlag, Münster 2004.

Pont, Raúl: Hoffnung für Brasilien: Beteiligungshaushalt und Weltsozialforum in Porto Alegre, Entwicklung der PT und Lulas Wahlsieg, Neuer ISP-Verlag, Köln 2003.

Subcomandante Insurgente Marcos: Botschaften aus dem Lakandonischen Urwald, aus dem Spanischen von Horst Rosenberger, Edition Nautilus, Hamburg 1996.

4. Internationales Lateinamerika-Kolloquium in Rostock

In Fortsetzung der seit 2003 durchgeführten Internationalen Seminare zu Gegenwartsproblemen Lateinamerikas mit dem Schwerpunkt neoliberale Politik und Alternativen soll die Veranstaltung 2006 Auftakt zu einer Reihe des Regionalbüros der Rosa-Luxemburg-Stiftung Mecklenburg-Vorpommern und der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Forum für politische und interkulturelle Bildung MV e.V. und des Vereines in Rostock lebender Lateinamerikaner TALIDE e. V. über Globalisierung, neoliberale Politik, alternative Ideen und Realisierungsversuche in Vorbereitung auf die Diskussionen im Vorfeld des G-8-Gipfels im Juli 2007 in Heiligendamm sein.

Respuestas al neoliberalismo en América Latina./

Auf der Suche nach Antworten zum Neoliberalismus in Lateinamerika

Termin und Ort:

Freitag, den 17. 11. 2006, 18 - max. 22 Uhr,

Waldemarthof Rostock

Verantaltung im Rahmen der Multikulturellen Wochen der Hansestadt Rostock

Thomas Fritz, Berlin

Lateinamerika im Geflecht der internationalen Wirtschaftsbeziehungen

Prof. Dr. Dieter Boris, Marburg

Neoliberalismus in Lateinamerika. Ursachen, Erfahrungen, Alternativen

Prof. Dr. Nikolaus Werz, Rostock

Ist der neuere Populismus in Lateinamerika eine Alternative zum Neoliberalismus ?

Joachim Wahl, Berlin

Neoliberale Politik und Versuche zur Realisierung von Alternativen am Beispiel Brasiliens.